



Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“



2. erweiterte Auflage

in neuen Kleidern



BackUp - ComeBack

Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.

Dieser zivilgesellschaftliche Verein wurde im Juni 2013 in Hamm gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen viele prominente Personen aus den unterschiedlichsten Institutionen und Organisationen im westfälischen Landesteil von NRW. Der Verein hat im Januar 2014 offiziell die Trägerschaft für die beiden Beratungs-Einrichtungen BackUp und ComeBack übernommen, die bis dahin dankenswerterweise vom Paritätischen Wohlfahrtsverband in Dortmund geleistet wurde.

Der in der Mitte der Gesellschaft angesiedelte gemeinnützige Verein finanziert die beiden getrennten Beratungseinrichtungen sowie weitere mögliche Arbeitsmodule der offensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus über Fördermittel des Landes NRW, der Stadt Dortmund sowie über Sponsoren- und Spendengelder von Institutionen und Privatpersonen. Der Verein ist daher auch sehr daran interessiert, den Kreis seiner Mitglieder und Fördermitglieder kontinuierlich zu erweitern, um der gesamten Arbeit eine breite Basis und Verankerung in der Gesellschaft zu geben.

Dem Verein ist es wichtig durch die Unterstützung der Opfer rechtsextremer Gewalt, die Hilfeangebote für Ausstiegswillige aus der rechtsextremen Szene sowie eine aufklärende Öffentlichkeitsarbeit zusammen mit vielen anderen Partnern in dem landesweiten Netzwerk den Rechtsextremismus mit seiner menschenverachtenden und gewalttätigen Ideologie, die unmittelbar an den historischen Nationalsozialismus anknüpft, zurückzudrängen und die demokratische Kultur zu stärken.

BackUp-ComeBack...e.V.

Hartmut Anders-Hoepgen (Vors.)

Tel.: 0172 309 47 46

E-Mail: info@backup-comeback.de

IMPRESSUM/ V.i.S.d.P.:

BackUp – ComeBack

Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.

Vorsitzender: Hartmut Anders-Hoepgen

c/o Der Paritätische, Friedensplatz 7, 44135 Dortmund

„Alter Hass in neuen Kleidern“

Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“

Erweiterte zweite Auflage

Der zivilgesellschaftliche Verein **„BackUp – ComeBack ... e.V.“** hat sich schon im Namen als westfälischer Verein die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als Aufgabe gesetzt.

Zur Arbeit gehört die Beratung von Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt („BackUp“) sowie die Beratung zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene („ComeBack“). Aber auch die Information der Öffentlichkeit über die rechtsextremen Strukturen und Aktivitäten in Westfalen ist Vereinsziel.

Vor allem die Partei „DIE RECHTE“ (DR) hat in Nordrhein-Westfalen die Nachfolge verbotener Neonazi-„Kameradschaften“ angetreten. Unter dem Label einer Partei machen die Neonazis in Dortmund, Hamm und anderen Städten weiter, als wäre nichts gewesen und setzen ihre direkte Verbindung zum historischen Nationalsozialismus fort.

Sie genießen und missbrauchen (noch) das Privileg des Parteiengesetzes und versuchen nun verstärkt in die Parlamente zu kommen. Die Kandidatur bei Wahlen dient dabei auch der Geldbeschaffung.

Über Jahre hatte sich Dortmunds Neonaziszene zur größten und aktivsten im Westen der Republik entwickelt. Wich-

tigste Gruppierung in der Ruhrgebietsstadt war der Nationale Widerstand Dortmund (NWDO). Im August 2012 verbot das NRW-Innenministerium den NWDO und zeichnete das Bild der Neonazi-Truppe nach: Auf der Basis des Nationalsozialismus und in Anlehnung an die SA habe sich eine Vereinigung gebildet, deren Mitglieder Gewalt nicht nur rechtfertigen, sondern teilweise selbst gewalttätig würden.

Ist ihre frühere Organisation auch verboten – einen organisatorischen Unterschlupf sollten die Neonazis vom NWDO schon sehr bald in einer Partei finden, die sich kurz zuvor in Hamburg gebildet hatte.

In der vorliegenden Publikation hat sich der Verein **„BackUp – ComeBack ... e.V.“** exemplarisch das Wahlprogramm der Partei „DIE RECHTE“ für die Kommunalwahl in Dortmund angesehen, deren „Forderungen“ analysiert sowie für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen Fakten und Argumentationshilfen zusammengestellt.

In dieser erweiterten Auflage haben wir die Geschehnisse und Ergebnisse der Kommunalwahlen in Westfalen, den international beachteten Dortmunder „Rathaussturm“ und den Einzug von Siegfried Borchardt in den Rat,

die Kooperation mit der NPD, die Provokationen um den „Stadtschutz Dortmund“, die jüngste Kundgebung der Partei „DIE RECHTE“ in der Dortmunder City als Protest gegen das NWDO-Verbot und als Provokation gegen den CSD, den Aufmarsch in Hamm sowie die Dortmunder Beteiligung an den „HoGeSa“-Aktionen in Dortmund und Köln dokumentiert.

Im zweiten Teil findet sich dann die schon aus der ersten Auflage bekannten Fakten und Argumentationshilfen für Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“. Weder die Forderungen noch die Akteure sind ja nach dem Wahltag verschwunden. Die inhaltliche Auseinandersetzung in den Gremien und auf der Straße beginnt vielerorts ja erst.

Insofern hat die Veröffentlichung auch über den Wahltag hinaus und auch für andere Städte und Regionen Relevanz. Denn an den Dortmunder Neonazis orientieren sich viele andere Gruppen. Daher bewertet der Verein die teilweise sehr abstrakt gehaltenen „25 Forderungen für Dortmund“ und ordnet sie in einen gesellschaftlichen und historischen Kontext ein.

Alle in dieser Veröffentlichung zitierten Aussagen der Partei „DIE RECHTE“ sind belegbar.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Wahlprogramms:

Teil 1:

Viel Aufsehen und Lärm – aber kein Wahlerfolg für „DIE RECHTE“ und die anderen Parteien „Rechtsaußen“	5
Übersicht: Das Abschneiden der Rechtsextremen in NRW	8
Die Kommunalwahl und der „Rathaussturm“	9
Geldquelle „Ratsgruppe“: NPD und „DIE RECHTE“ sind in Dortmund plötzlich „ziemlich beste Freunde“	10
Nach dem Provokateur kommt der Ideologe: Bochardt legt Ratsmandat nieder – Giemsch rückt nach	12
Der „Stadtschutz“ Dortmund: Provokation, PR-Gag und zugleich Verbotsgrund für die Partei?	13
Doppelte Schlappe zum Jahrestag des NWDO-Verbots	15
„DIE RECHTE“ in Westfalen: Vernetzt und aktionistisch	18
Das „HoGeSa“-Phänomen: Die unheilvolle Allianz von gewalttätigen Neonazis und Hooligans	19
Die politische Gremienarbeit unter Polizeischutz	21
Wie geht es nun weiter?	23

Teil 2:

1. Schwerpunkt: Zuwanderung	27
2. Schwerpunkt: Familie und Kinder	32
3. Schwerpunkt: Soziales und Wirtschaft	36
4. Schwerpunkt: Schule und Bildung	44
5. Schwerpunkt: Populismus gegen Demokraten	46
6. Schwerpunkt: Fußball	50
7. Schwerpunkt: Geschichtsrevisionismus	52



Die Partei „DIE RECHTE“ hat eine Vielzahl von Infoständen gemacht – hier in Westerfilde.

Viel Aufsehen und Lärm – aber kein Wahlerfolg für „DIE RECHTE“ und die anderen Parteien „Rechtsaußen“

Die Partei „DIE RECHTE“ hat in Dortmund ein Ratsmandat und jeweils einen Sitz in vier von zwölf Bezirksvertretungen erreicht. Jedes Mandat für sie ist eines zu viel. Aber ist dieses Ergebnis für die Neonazis ein Erfolg – gerade auch gemessen an ihren Ansprüchen? Nein. Trotz der verhältnismäßig niedrigen Wahlbeteiligung sind sie stadtwweit über ein Prozent nicht hinausgekommen. Sie wollten die Machtfrage in Dortmund stellen, sich als führende Kraft der rechtsextremen Szene etablieren und der NPD den Rang ablaufen. Auch dies ist nicht gelungen. Die Wahl war eine Schlappe für beide Parteien: Denn trotz des aufwändigen und kostenintensiven Wahlkampfs schafften es die Mitglieder des verbotenen Nationalen Widerstands Dortmund unter dem Deckmäntelchen des Parteiengesetzes nicht, als Partei „DIE RECHTE“ in Gruppen- oder gar Fraktionsstärke in die Gremien einzuziehen.

Das Ergebnis ist für sie eigentlich ein Schlag ins Gesicht: Denn „DIE RECHTE“ und die NPD kamen trotz der niedrigen Wahlbeteiligung zusammen gerade mal auf so viele Stimmen, wie vorher die NPD alleine. Die „neue Rechtspar-

tei“ – wie sich vollmundig selbst nennt – konnte rein zahlenmäßig nur bei der NPD wildern. Als „Stimme des Volkes“ kann sich die „Ein-Prozent-Partei“ daher nicht präsentieren – auch wenn sie es gerne tut.

Ein Grund dürfte auch das Abschneiden der „Alternative für Deutschland“ (AfD) sein. Denn diese hat auch mit Zuwanderungs- und Flüchtlingsthemen punkten können. Anders als NPD und „DIE RECHTE“ ist es der AfD gelungen, mit 3,4 Prozent bei der Kommunalwahl in Fraktionsstärke in den Dortmunder Stadtrat einzuziehen – NPD und DIE RECHTE kommen dagegen jeweils nur auf einen Sitz. Eine Wählerbefragung von „DortmunderStatistik“ gibt interessante Einblicke: Denn die Parteien, die mit populistischen The-

men auch am rechten Rand fischen, sprechen offensichtlich andere Altersgruppen an:

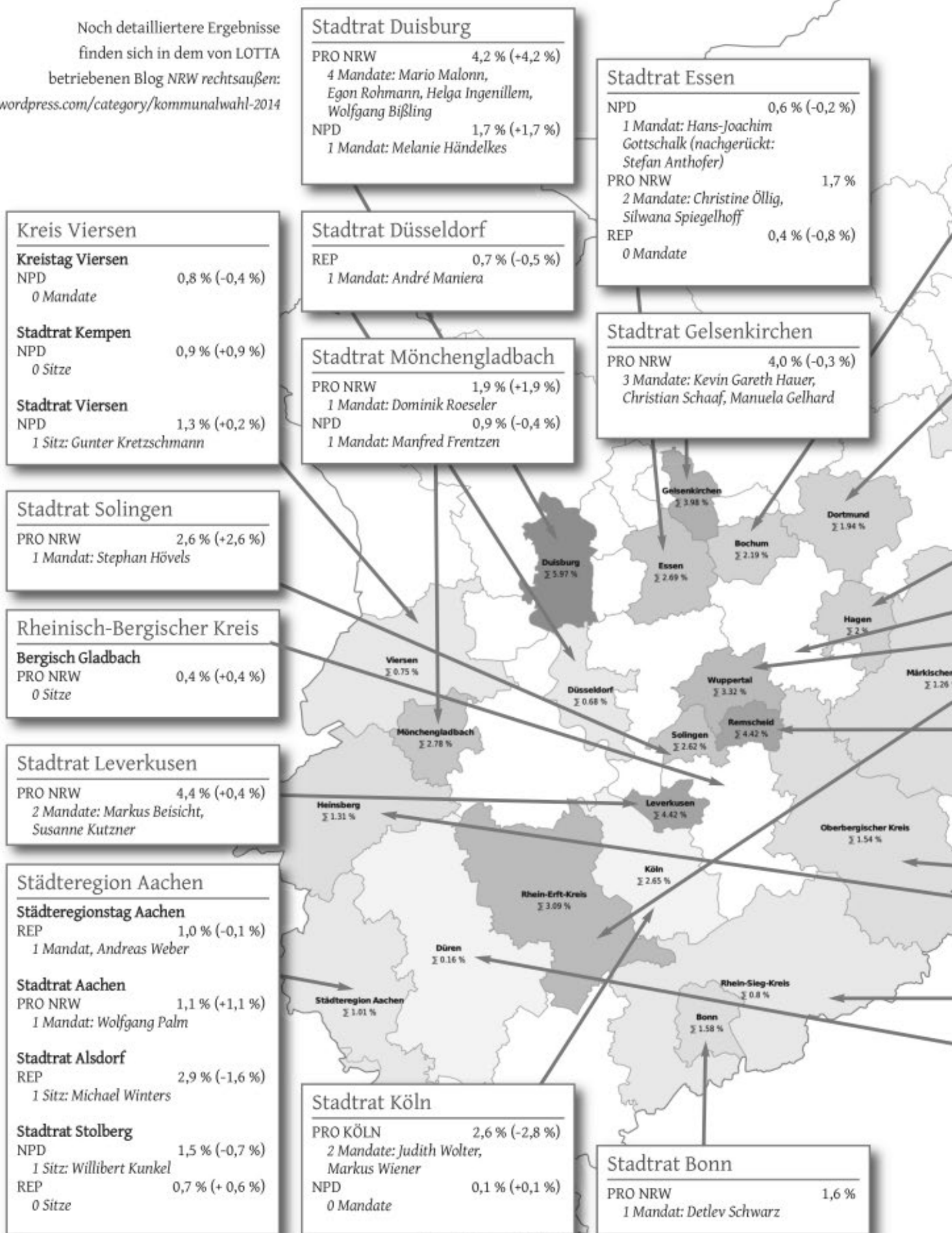
Während die AfD in Dortmund unter den Befragten mit 4,6 Prozent ihr bestes Ergebnis in der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen erzielte, haben NPD und „DIE RECHTE“ (sie wurden in der Befragung gemeinsam erfasst) mit 3,8 Prozent den besten Wert in der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen.

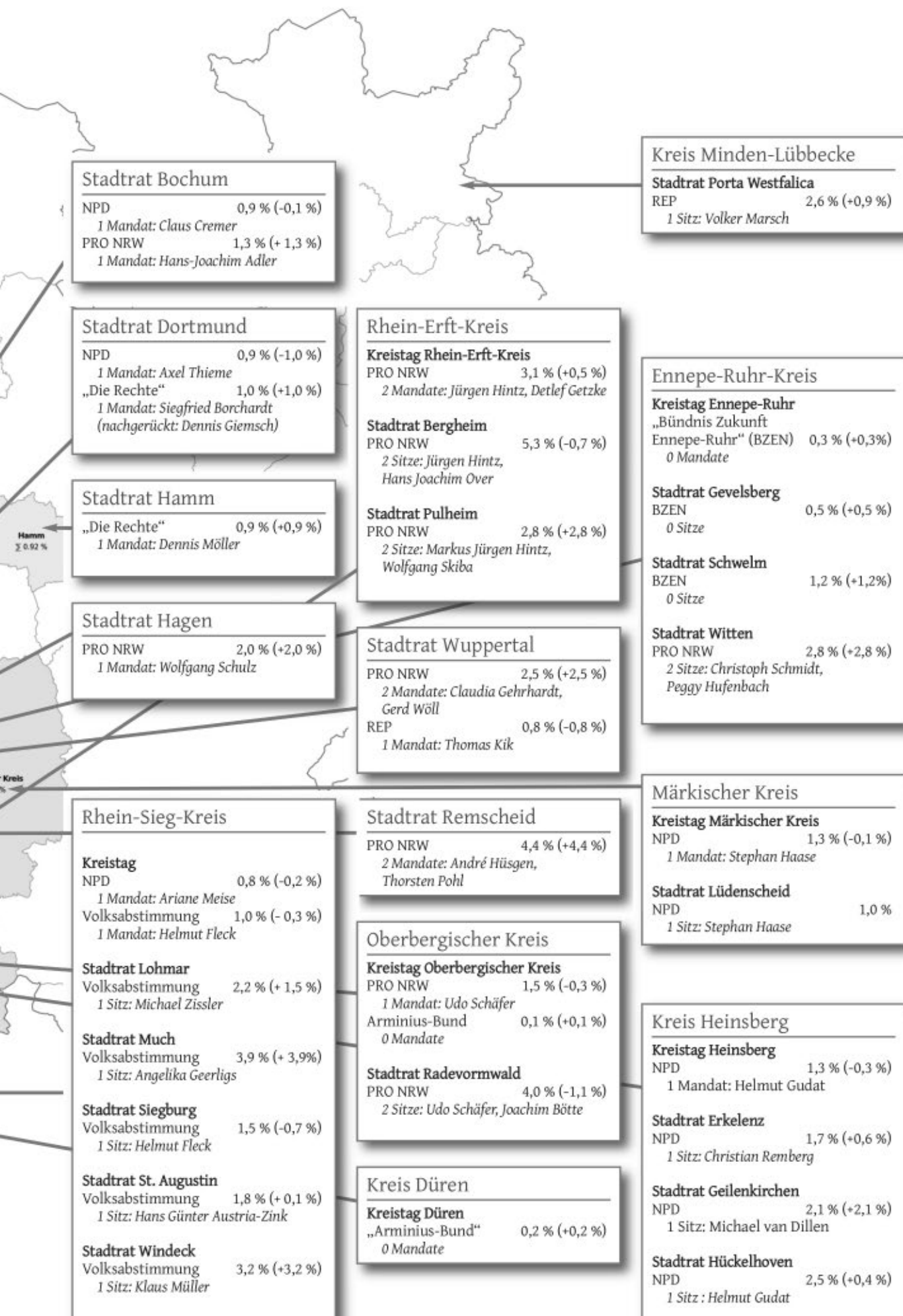
Einen Unterschied gibt es zudem beim Bildungshintergrund:

Der größte Teil der Wählerinnen und Wähler von NPD und „DIE RECHTE“ hat keinen oder noch keinen Schulabschluss. Bei der AfD verteilen sich die Wählerinnen und Wähler relativ gleichmäßig über alle Bildungsabschlüsse.



Noch detailliertere Ergebnisse
finden sich in dem von LOTTA
betriebenen Blog NRW rechtsaußen:
nrwrex.wordpress.com/category/kommunalwahl-2014





Übersicht: Das Abschneiden der Rechtsextremen in NRW

DIE RECHTE

„Dankeschön! Ihr seid super!!! Was ein Tag, was ein Erfolg!“, schrieb Borchardt nach den Ereignissen des Wahlabends auf seiner Facebook-Seite. Doch was feiert er eigentlich? Nur auf 1,0 Prozent kam seine Partei in der größten Stadt des Ruhrgebiets. Sie überholte damit zwar die Konkurrenz von der NPD, die nur noch 0,9 Prozent (minus 1,0 Prozent) erreichte und eines ihrer bislang zwei Mandate abgeben muss. Doch gemessen am eigenen Anspruch, die NPD abzulösen und die Führung zu übernehmen, ist das eine Nieder-

lage. Mehr haben sie nicht erreicht, obwohl die Wahlbeteiligung sehr niedrig und damit für sie günstig war. Borchardt hat mittlerweile sein Ratsmandat niedergelegt und ist nun „nur noch“ in der Bezirksvertretung der Dortmunder Nordstadt präsent. Im Rat folgt ihm Dennis Giemsch nach. Zudem halten Michael Brück (Huckarde), Martin Kalfack (Mengede) und Daniel Grebe (Scharnhorst) Mandate in Bezirksvertretungen der Westfalen-Metropole. Allerdings erreichte „die neue Rechtspartei“ nur noch ein weiteres Mandat in Hamm: 0,9 Prozent reichten dennoch Dennis Möller für einen der 58 Ratssitze. In Wuppertal hingegen ging sie komplett leer aus.

NPD

Die NPD musste nicht nur in Dortmund Einbußen hinnehmen: Sie errang noch acht Mandate in den Kreistagen und den Räten der Großstädte. 2009 waren es zwölf. Ihr höchstes Ergebnis erzielte die NPD in Duisburg mit 1,7 Prozent (ein Mandat), wo die Partei vor

fünf Jahren nicht kandidiert hatte. Außer in Dortmund schaffte die Partei die Rückkehr in die Kommunalvertretungen in Bochum, Essen, Mönchengladbach, im Kreis Heinsberg, im Rhein-Sieg-Kreis und im Märkischen Kreis. In sechs kleineren, kreisangehörigen Kommunen gelang der NPD zudem der Sprung in die Räte: in Geilenkirchen, Stolberg, Hückelhoven, Erkelenz, Viersen und Lüdenscheid.

DIE REPUBLIKANER

Von der Bildfläche fast komplett verschwunden sind die Republikaner. Ihnen verbleiben insgesamt nur noch fünf Mandate im Städteregionstag Aachen, in Düsseldorf, Wuppertal, Alsdorf und Porta Westfalica.

„Pro NRW“/„pro Köln“

„Pro NRW“, beziehungsweise „pro Köln“ holten 26 Mandate in Großstädten und Landkreisen sowie acht Ratssitze in kreisangehörigen Kommunen. Vor fünf Jahren waren es 17 beziehungsweise neun. Von ihrem Ziel, 150 bis 200 Mandate zu gewinnen, blieben die Rechtspopulisten damit weit entfernt. Neu zog die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ in die Stadträte von Aachen, Essen, Bochum, Remscheid, Solin-

gen, Wuppertal, Mönchengladbach und Duisburg ein, wo mit 4,2 Prozent künftig sogar eine vierköpfige Fraktion gebildet werden kann. In Bonn, Hagen und im Oberbergischen Kreis bleibt es bei einem Sitz, im Rhein-Erft-Kreis bei zwei und in Gelsenkirchen bei drei Mandaten. In Leverkusen gehören wegen der kleiner werdenden Stadtvertretung künftig zwei „pro NRW“-ler dem Rat an (bisher drei). Ein Debakel erlebte „pro Köln“ mit nur noch 2,6 Prozent und zwei Sitzen. 2009 war „pro Köln“ noch auf 5,4 Prozent und fünf Mandate gekommen.

Die Kommunalwahl und der „Rathaussturm“

Die pseudo-demokratische Maske ist gefallen – am 25. Mai 2014 zeigten die Neonazis in Dortmund wieder ihr wahres Gesicht: Die Dortmunder Führungsspitze der Partei „DIE RECHTE“ versuchte am späten Wahlabend, unter Führung ihres Spitzenkandidaten Siegfried Borchardt und des gesamten früheren Führungskaders des verbotenen Nationalen Widerstands Dortmund, ins Rathaus zu gelangen. Sie kamen allerdings nicht wie die anderen Rathausbesucher, sondern marschierten in geschlossener Formation, uniformiert in gelben Hemden, vor das Rathaus. Zuvor hatte Borchardt bei Facebook ein Foto gepostet, dass man „mit einem Schlag ins Rathaus“ einziehen wolle.

Das mit den Schlägen konnte man durchaus wörtlich verstehen: Mit Flaschen und Pfefferspray gingen die Kandidaten für Rat und Bezirksvertretungen auf die Demokraten los, die sich ihnen mit Banner und Trillerpfeifen in den Weg stellten. Nicht, weil sie demokratisch gewählten Volksvertretern den Zutritt verwehren wollten, sondern aus echter Sorge. Der martialische Aufmarsch beängstigte nicht nur viele Demokraten, sondern vor allem viele Migranten, die unter anderem auf Einladung des Integrationsrates den Abend im Rathaus verbrachten. Viele von ihnen flohen in die oberen Etagen des Rathauses. Einige Migranten – vor allem Mandatsträger – reihten sich aber vor dem Rathaus in die Menschenkette ein, um die gewaltbereiten und gewalttätigen Neonazis am Eindringen

zu hindern. Sie wurden beschimpft und auch körperlich attackiert.

Das passt zum Selbstverständnis von Siegfried Borchardt: Der Neonazi, der in den Medien immer den Spitznamen „SS-Siggi“ trägt, betonte nach seiner Wahl in Interviews, dass er sich ja selbst lieber „SA-Siggi“ nennen würde – dies passe einfach besser zu ihm. Die Sturmabteilung (SA) war die paramilitärische Kampforganisation der NSDAP während der Weimarer Republik und spielte bis 1934 eine entscheidende Rolle beim Aufstieg der Nationalsozialisten, indem sie deren Versammlungen vor Gruppen politischer Gegner mit Gewalt abschirmte, bzw. gegnerische Veranstaltungen massiv behinderte. Die erste Ordnertruppe der NSDAP wurde im Januar 1920 als Saalschutz zunehmend in Saalschlachten eingesetzt. Aus diesem Saalschutz entwickelte sich über mehrere Schritte die spätere Sturmabteilung (kurz SA) als reine Schlägertruppe für provozierte Zusammenstöße mit linksgerichteten Parteien (vor allem der KPD), die vielfach in brutale Straßenkämpfe ausarteten.

Die Attacke der Neonazis am Wahlabend war ein Angriff auf die Stadtgesellschaft – und die zeigte sehr deutlich Zivilcourage. Fraktionsübergreifend stellten sich die Politiker, Bürger und Antifaschisten dem Nazimob entgegen. Dabei trugen einige Demokraten Verletzungen davon, die von Sanitätern behandelt werden mussten.

Trotz Flaschenwürfen und Reizgasattacken gelang es den Neonazis nicht, das Rathaus zu betreten. Insofern setzte die Stadtgesellschaft ein wehrhaftes Zeichen. Ganz abgesehen davon, dass eine ganze Reihe von Straftaten der Neonazis – anders als bei anderen Attacken – von führenden Politikern und Beamten bezeugt werden können. Die Kripo hat noch am Abend dutzende



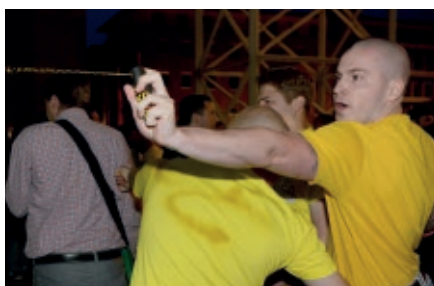
Zeugen und Täter identifiziert – es gibt mehrere Verfahren.

Vor Ort zeigte sich nur der Spitzenkandidat der Partei „DIE RECHTE“ relativ gelassen. Er drehte sich Zigaretten, während seine zumeist deutlich jüngeren Mitstreiter in Auseinandersetzungen gingen oder erfolglos versuchten, ein Banner der Grünen auf dem Friedensplatz zu verbrennen.

Die Neonazis skandierten mehrfach „Ausländer raus“ und andere volksverhetzende Parolen. Dann stimmten sie sogar unter den Augen und Ohren der Anwesenden die erste Strophe des Deutschlandliedes an.



Selbst der polizeiliche Staatsschutz war von der gezeigten Aggressivität der Neonazis überrascht. Denn die Aktivisten von „DIE RECHTE“ hatten in den vergangenen Monaten peinlich genau darauf geachtet, möglichst keine Straftaten zu begehen, um dem Ruf der Partei nicht zu schaden. „Sie sind noch nicht mal bei Rot über die Straße gegangen“, spotteten Kenner der Szene vor dem 1. Mai. Diese Maske ist nun endgültig gefallen. Der aufgestaute Druck der Neonazis entlud sich nun auf dem Friedensplatz – der für fast zwei Stunden seinem Namen keine Ehre machte.





Geldquelle „Ratsgruppe“: NPD und „DIE RECHTE“ sind in Dortmund plötzlich „ziemlich beste Freunde“



Siegfried Borchardt (DR), Timo Pradel (Ex-Gruppengeschäftsführer der NPD-Fraktion), Klaus Cremer (NPD-Landeschef)

Beim Geld hört bei den meisten Menschen die Freundschaft auf. Bei NPD und der Partei „DIE RECHTE“ ist das anders: Da fängt sie offensichtlich beim Geld gerade erst an. Bei der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt Dortmund im Juni zeichnete sich schon eine Gruppenbildung ab – sie wurde bei der Juli-Sitzung offiziell durch beide Ratsvertreter angekündigt.

Freundschaftlich begrüßten sich Siegfried „SS-Siggi“ Borchardt („DIE RECHTE“) und NPD-Ratsherr Axel Thieme bei der konstituierenden Ratssitzung. Gemeinsam brüteten sie – umringt von Kameras – über dem Sitzplan, wie sie es schaffen könnten, die Sitzordnung im Rat so zu ändern, dass sie nebeneinander sitzen können. „Das wäre doch besser – Du hast mehr Erfahrung“, schmeichelte Borchardt dem NPD-Mann.

Äußerlich könnten sie kaum unterschiedlicher sein: Nicht altersmäßig, aber optisch – Thieme im Anzug mit Krawatte, daneben der tätowierte Borussenfront-Aktivist mit seinem Totenkopf-Gehstock. Doch Thieme und Borchardt haben inhaltlich viele üble Gemeinsamkeiten: Beide argumentieren zum Beispiel ständig rassistisch und ausländerfeindlich.

Und Thieme ist – wie Borchardt – auch gerne mal ein Mann der Tat: Das Amtsgericht Dortmund verurteilte Thieme Anfang Februar 2011 wegen Körperver-

letzung zu einer Geldstrafe von 1.200 Euro. Am Tag vor der Kommunalwahl im August 2009, so befand das Gericht, habe er einem Neonazi-Gegner im Hauptbahnhof einen Faustschlag versetzt. Das Landgericht bestätigte das Urteil im März 2012. Borchardt ist sogar mehrfach vorbestraft.

Natürlich wurde die gewünschte Änderung der Sitzordnung von der Ratsmehrheit verhindert. Doch gemeinsam läuten die rechtsextremen Parteien damit eine nicht ausgespro-



Axel Thieme, NPD-Ratsmitglied

Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“

chene Zusammenarbeit an. Für viele Außenstehende eine Überraschung: Denn im Wahlkampf hatten sich beide Parteien noch bekriegt – der damalige NPD-Kreisvorsitzende und Ratsmitglied Matthias Wächter war für „DIE RECHTE“ beinahe schon „Staatsfeind Nummer 1“. Für Borchardt & Co. war der Kommunalwahlkampf in Dortmund auch ein Machtkampf innerhalb der rechtsextremen Splitterparteien. „DIE RECHTE“ und die NPD waren vor Ort tief zerstritten. Dabei ging es nicht nur darum, dass DR und NPD um Wählerstimmen konkurrierten – und damit letztlich auch um die Gelder, die Ratsgruppen und -fraktionen zustehen. DR-Aktivist*innen warfen dem damaligen NPD-Kreisvorsitzenden Matthias Wächter insbesondere vor, dass er 2012 die Aufnahme einiger führender Vertreter des NWDO in die NPD verhindert habe.

Allerdings ist Wächter mittlerweile nach Mallorca „ausgewandert“, wo er in der Kneipe des früheren NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel arbeitet. Sein Ratsmandat hatte Wächter verloren, die NPD kam nur noch auf einen Sitz – mit 1.827 Stimmen erreichte sie 0,9 Prozent. „Die Rechte“ erreichte 2.101 Stimmen, was 1,0 Prozent der Stimmen entspricht. In der vergangenen Wahlperiode eröffnete die zweiköpfige Gruppe der NPD im Stadtparlament der stark verschuldeten Partei auch finanziell ganz neue Möglichkeiten: Die Arbeit des Duos wurde mit jährlich mehr als 40.000 Euro aus städtischen Mitteln bezuschusst. Daran wollen die beiden Parteien nun offensichtlich anknüpfen – Borchardt und Thieme hatten den Antrag auf Gruppenbildung gestellt. Während sie bei den ersten Anträgen und Vorlagen offensichtlich aus Prinzip gegen die anderen Parteien stimmten, enthielten sie sich bei der Entscheidung über die Höhe der Fraktionsmittel demonstrativ der Stimme. Wenn es ums Geld geht, arbeiten „DIE RECHTE“ und die NPD offensichtlich gerne zusammen.

Der erste Antrag auf Gruppenbildung aus dem Juli 2014 war allerdings hinfällig – Borchardt hatte ja sein Mandat zu

Ende Juli niedergelegt. Daher mussten die Parteien im Oktober – nach dem Einzug von Dennis Giemisch – einen neuen Antrag stellen. Sollten sie den Gruppenstatus bekommen, stünden ihnen mehr als 40.000 Euro pro Jahr zu.

Allerdings gab es im rechtsextremen Lager auch kritische Stimmen zu der Zusammenarbeit: „Nun arbeitet man also doch mit dieser Partei zusammen. Da soll sich noch mal einer über den Verrat der AfD am Wähler beschweren.“ kommentierte der User „Enttäuschter Wähler“ auf der „Nachrichten“-Seite der Partei. Und „Aktoris“ schreibt: „Vor der Wahl wurde immer versichert, nicht mit der NPD Dortmund zusammenzuarbeiten. Ob man bei der kommenden Wahl wieder sein Kreuz bei ‚den Rechten‘ macht, bleibt fraglich, ich und meine Familie werden es jedenfalls definitiv nicht tun.“

Andere Töne schlägt da natürlich der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer an, der schon bei der konstituierenden Sitzung mit NPD-Ratsmitglied Axel Thieme und dem alten und neuen Gruppengeschäftsführer Timo Pradel zu Siegfried Borchardt in den Ratssaal gekommen war. „Getrennt marschieren, vereint zuschlagen“ kommentierte Cremer auf Facebook. „Vorausgegangen seien einige parteiinterne und parteiübergreifende Gespräche, in denen der Rahmen zu beidseitiger Zufriedenheit abgesteckt werden konnte.“

Vor allem die Aktiven der Partei „Die Rechte“ sehen die Zusammenarbeit mit der Dortmunder NPD eher pragmatisch. „Vielleicht sollte klarstellend hervorgehoben werden, dass sich diese Zusammenarbeit auf die parlamentarische Arbeit bezieht. Außerparlamentarisch fährt ‚DIE RECHTE‘ ihren Kurs ebenso unbeirrt fort, wie auch in den vier Bezirksvertretungen“, versucht Michael Brück die Gemüter zu beruhigen. „An unseren politischen Forderungen und unserem Auftreten wird sich nichts, aber auch überhaupt nichts, ändern, versprochen.“ kommentiert Brück – Platz 3 der DR-Liste und Betreiber des „antisem.it“-Versands.

Allerdings könnten sich die beiden Parteien zu früh über den „Geldsegen“ aus Steuermitteln gefreut haben: Ein Urteil des Oberverwaltungsgericht Münster vom 24. Juli 2014 bestreitet die Legitimität von Gruppen, die sich wegen eines finanziellen Vorteils und eines größeren Einflusses zusammenschließen. Die Stadt Dortmund hat bereits reagiert: „Wir werden das Urteil sehr sorgfältig prüfen und daraufhin den Gruppenantrag von NPD und „DIE RECHTE“, betont Rechtsdezernentin Diane Jägers.



Axel Thieme und Siegfried Borchardt im Gespräch

Die Prüfung ist mittlerweile abgeschlossen, der Rat nahm das Ergebnis in seiner November-Sitzung zu Kenntnis. Die Stadt spricht den beiden Ratsmitgliedern den Gruppenstatus ab. Der „breite Konsens, in dem verschiedene Themenfelder behandelt werden“, sei nicht ersichtlich. Es gebe mehr getrennte Anfragen als gemeinsame. „Vielmehr besteht die Vermutung, dass der angezeigte Zusammenschluss zu einer Gruppe lediglich darauf abzielt, finanzielle Vorteile oder auch eine Verstärkung der Rechtsposition der Vereinigung zu erlangen“, heißt es in der Vorlage der Stadt. Allerdings – und das entspreche auch der gerichtlichen Beschlüsse – sei „es jedoch nicht ausgeschlossen, dass eine auf Basis künftiger Entwicklungen und Erkenntnisse zu einem späteren Zeitpunkt erneut vorzunehmende Bewertung zu einem anderen Ergebnis führen kann, wenn nach einer gewissen Zeit des Zusammenwirkens ein entsprechender Rückschluss möglich“ sei.

Nach dem Provokateur kommt der Ideologe: Borchardt legt Ratsmandat nieder – Giemsch rückt nach



Axel Thieme (NPD) begrüßt Dennis Giemsch (DR) bei seiner ersten Ratssitzung.

Die Provokation ist geglückt – jetzt kann die Galionsfigur wieder gehen: Siegfried Borchardt hatte sein Ratsmandat zum 31. Juli niedergelegt. Seinen Sitz in der Bezirksvertretung Nordstadt behält Borchardt allerdings. Neues Ratsmitglied wird nun Dennis Giemsch. Der führende Kopf des verbotenen Nationalen Widerstandes Dortmund (NWDO) ist Borchardt am 2. Oktober im Rat nachgefolgt.

Damit passiert das, was viele Experten erwartet haben: „SS-Siggi“ als Galionsfigur im Wahlkampf und zum „triumphalen“ Rats-Einzug im Blitzlichtgewitter, welches bis in die New York Times strahlte. Selbst seinen Totenkopf-Gehstock – anscheinend extra für Bezirksvertretung und Rat im Juni besorgt, hatte er im Juli nicht mehr dabei. Zum Gehen brauchte er ihn eh nicht, auch wenn er sein Ratsmandat nun aus gesundheitlichen Gründen niederlegt ...

Ziemlich verloren wirkte Borchardt im Rat, quälte sich durch die Papiere und wirkte mindestens so gelangweilt wie seine Kameraden und Unterstützer aus

Dortmund und Unna auf der Tribüne. Ein Dutzend alte und neue Nazis aus Dortmund, Hamm und Unna hatten es sich bei der zweiten Ratssitzung im Juli auf der Ratstribüne gemütlich gemacht. Darunter auch – wie schon in der Nordstadt-BV am Tag zuvor – der Flaschenwerfer vom Wahlabend, der von oben herab auf die Piraten blickte: Einem Fraktionsmitglied der Piraten hatte er am Wahlabend eine Flasche an den Kopf geworfen – die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung.

Mancher hatte wieder die gelben NWDO-T-Shirts an, musste diese dann aber unter der Jacke oder dem Pulli verbergen – so sah es die Hausordnung vor. Die Kameraden feierten ihre Anwesenheit als Versagen der Demokraten – diese hätten es nicht geschafft, die Tribüne rechtzeitig zu besetzen. Dabei hatten die Demokraten dies gar nicht vor: Es gab keinerlei Aufruf oder Aktion. Das Konzept schien eher zu sein, die Neonazi-Gäste mit Formalia „zu Tode zu langweilen“. Auch in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord, wo ebenfalls fünf Kameraden Platz genommen hat-

ten, herrschte gähnende Langeweile. Die aktionsorientierten Neonazis durften zwar jetzt mal das Rathaus von innen begucken. Doch Spaß gemacht hat ihnen der Besuch nicht wirklich ...

Nach der Sommerpause ist allerdings das „Vorgeplänkel“ vorbei. Dann beginnt die „parlamentarische“ Arbeit. Dann muss sich zeigen, wie die Demokraten mit den zu erwartenden Anfragen von NPD und „DIE RECHTE“ umgehen. Klar ist auf jeden Fall, dass diese Auseinandersetzung durch den Einzug von Dennis Giemsch schwieriger geworden ist. Giemsch (Jahrgang 1985) galt als „Vordenker“ der „Autonomen Nationalisten“ im Ruhrgebiet und Anführer des NWDO.

Als Beisitzer gehört Giemsch auch dem Bundesvorstand der von Christian Worch gegründeten Neonazi-Partei „DIE RECHTE“ an. Dort sitzt er nicht allein: Christoph Drewer, Kreisvize in Dortmund, ist stellvertretender Bundesvorsitzender. Als Beisitzer wurden aus NRW neben Giemsch auch Sascha Krolzig (Hamm) und Markus Walter (Rhein-Erft-Kreis) gewählt



Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“

Der „Stadtschutz“ Dortmund: Provokation, PR-Gag und zugleich Verbotsgrund für die Partei?

Die Partei „DIE RECHTE“ startet in Dortmund eine neue Provokation: Unter dem Etikett „Stadtschutz Dortmund“ wollen Neonazis als braune Hobbypolizisten in gelben Hemden in SA-Manier auf Patrouille und „Verbrecherjagd“ gehen.

Ein von Michael Brück, dem neuen stv. Landesvorsitzenden der Worch-Partei, unterschriebenes Flugblatt beschreibt das Aufgabenfeld der „Stadtschützer“: Die „Unterstützung von Fahndungen, beispielsweise durch Information und Aufklärung“, das „Präsenzzeigen an Orten mit hoher Kriminalität zur Prävention von Straftaten“, „Personen- und Objektschutz nach individuellen Gefahrenprognosen, z. B. im Umfeld von Asylantenheimen“, sowie „praktische Hilfe für die Opfer von Ghettoisierung und Kriminalitätsexplosion“.

Der mit gelben T-Shirts uniformierte „Stadtschutz“ solle „dort einspringen, wo staatliche Strukturen das Wohl der Bevölkerung nicht mehr ausreichend garantieren können“. Die Partei, die auch angehende Juristen in ihren Reihen hat, beteuert auf ihrem Zentralorgan, dass „selbstverständlich“ sämtliche Handlungen auf der Grundlage der Rechtsordnung und des Strafgesetzbuches basieren würden: Im Rahmen des ‚Jedermannfestnahmerechtes‘ gebe es einen breiten Handlungsspielraum.

Die gelben Hemden sind nicht neu – bereits bei den früheren Demos und beim „Ratshaussturm“ waren die Führungskader mit „Weg mit dem NWDO-Verbot“-T-Shirts bekleidet. Neu ist der Aufdruck: „Stadtschutz Dortmund“. Offen lassen sie, wie ihr „Stadtschutz“ neben den T-Shirts ausgestattet ist. Da Brück aber auch Betreiber des „antisem. it“-Versands ist, liegt eine mögliche „Be-

waffnung“ auf der Hand: Brück hat unter anderem Zwillen, Stahlkugeln und Pfefferspray im Angebot.

Mehrfach haben die Partei- und „Stadtschutz“-Mitglieder in verschiedenen Stadtbezirken (u.a. in den von ihnen als „Ghettos“ bezeichneten Orten wie Westerfilde und Eving) kostenlos Pfefferspray an Frauen und Senioren „zum Schutz deutscher Familien“ verteilt, damit sich diese gegen „ausländische Vergewaltiger und Kriminelle“ schützen können. Das Pfefferspray ist nach eigenen Aussagen aus den Aufwandserstattungen der Mandatsträger finanziert worden.

Dieses Konzept fügt sich in die Strategie der Partei ein, die vor allem auf die Einschüchterung des politischen Gegners sowie auf Provokationen setzt.

Dazu gehören auch Hausbesuche beim politischen Gegner. Auch in Wuppertal legte die Partei einen „Stadtschutz“ auf – hier allerdings als Reaktion auf die „Scharia-Polizei“, die bundesweit Schlagzeilen machte.

Was als PR-Gag und Provokation funktioniert, taugt aber auch als Bumerang: Denn die braunen Hobbypolizisten nutzen das Vokabular der SA und der Nazis von damals. Sie liefern damit weitere Munition für einen möglichen Verbotsantrag, den der NRW-Innenminister lieber früher als später auf den Weg bringen würde.

Das Modell der „Bürgerwehren“ gehört für viele rechtsextremistische Strömungen zum Aktions-Repertoire. Sie wollen damit den eigenen Anhängern Handlungsfähigkeit beweisen und mög-

Screenshot



lichen Unterstützern ein subjektives Sicherheitsgefühl vorzugaukeln. Allerdings scheitern die hochfliegenden Pläne meist an den Sicherheitsbehörden.

„Die durch Rechtsextreme in den letzten Tagen veröffentlichten und zur Schau gestellten gelben T-Shirts mit verschiedenen Aufschriften erfüllen, wenn sie von mehreren Personen in der Öffentlichkeit getragen werden, nach Ansicht des Dortmunder Polizeipräsidenten den Verdacht einer Straftat nach § 3 des Versammlungsgesetzes (Verbot der Uniformierung)“, heißt es dazu in einer Erklärung der Dortmunder Polizei. Sie ruft die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, „für den Fall, dass sie mehrere Rechtsextreme in gleichen T-Shirts, mit der Aufschrift ‚Stadtsschutz Dortmund‘ in der Öffentlichkeit erblicken, diesen Umstand der Polizei über den Notruf 110 zu melden“.

Der Name „Stadtsschutz“ dürfte nicht zufällig gewählt sein. Zum einen liegen Assoziationen zum – bei den Neonazis verhassten – polizeilichen Staatsschutz nahe, zum anderen lässt sich die Bezeichnung als SS abkürzen.

Bereits früher pflegte die heimische Neonazi-Szene Traditionen nationalsozialistischer Organisationen. Darauf hob auch die Verbotsverfügung des Innenministers ab, als er im August 2012 den „Nationalen Widerstand Dortmund“ verbot. Ein Grund: Die Vereinigung sehe sich in der Nachfolge der SA. Aber auch als Partei ging die Linie weiter. Im Wahlkampf veröffentlichten sie in Anlehnung an die NSDAP ein „25-Punkte-Programm“.

Und unlängst verbreitete „DIE RECHTE“ als Werbung für die Neuauflage ihrer gelben NWDO-Hemden ein Foto, das ein Dutzend Neonazis – einheitlich in gelben T-Shirts mit der Aufschrift „Weg mit dem NWDO-Verbot“ bekleidet – zeigt, die auf ganzer Straßenbreite durch die Fußgängerzone ziehen. Überschriften war das Foto mit dem Spruch „Die Straße frei den gelben Bataillonen!“.

Die Polizei sieht darin ein Zitat aus dem verbotenen Horst-Wessel-Lied, in dem es heißt: „Die Straße frei den braunen Bataillonen“. Für die Polizei ist dies ein klarer Bezug auf die SA, der „Erinnerungen an das dunkelste Kapitel deutscher

Geschichte“ hervorruft. Die Polizei hat wegen der Verwendung des Horst-Wessel-Liedes und wegen Verstoßes gegen das in Paragraph 3 des Versammlungsgesetzes festgeschriebene Uniformverbot Ermittlungen eingeleitet. Das Tragen der T-Shirts wurde den Neonazis untersagt.

Gegen den Auflagenbescheid der Polizei Dortmund hatte die Partei beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen einen Eilantrag gestellt, der aber zurückgewiesen wurde. Polizeipräsident Gregor Lange begrüßte die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ausdrücklich. „Wir fühlen uns in unserer Rechtsauffassung bestätigt.“

„Ich werte das Tragen des Mottoshirts ‚Die Rechte – Stadtsschutz Dortmund‘ in der Öffentlichkeit eindeutig als eine Verherrlichung der NS-Zeit“, kommentierte der Polizeipräsident die Entscheidung. „Durch das militant einschüchternde Auftreten werden Assoziationen an die SA der 30er Jahre geweckt. Wir lassen nicht zu, dass der demokratische Widerstand gegen Rechtsextremismus auf diese Weise eingeschüchtert werden soll!“

Auch vor dem Oberverwaltungsgericht Münster kassierten die Neonazis eine Klatsche. „Ich begrüße die Entscheidung des OVG Münster. Sie unterstützt unsere Bemühungen, den demokratischen Widerstand gegen Rechtsextremismus in Dortmund auf diese Weise nicht einschüchtern zu lassen“, sagte Lange anschließend.

Die Neonazis waren sehr überrascht von den Entscheidungen der Richter. Damit hatten die Jura-Studenten in ihren Reihen offensichtlich nicht gerechnet. Denn sie hatten sich zuvor im Internet und den sozialen Netzwerken darüber lustig gemacht, dass der Polizeipräsident nun die nächste Niederlage einstecken müsse. „Den Dortmunder Polizeibeamten empfehlen wir, rechtliche Nachhilfe zu nehmen und sich mit dem Begriff der Uniformierung im Sinne des Versammlungsgesetzes näher auseinanderzusetzen“, ätzten sie vor der Ent-

Screenshot



Screenshot



Die Justiz hat gegen Mitglieder der Partei „DIE RECHTE“ u.a. wegen Uniformierung ein Verfahren eingeleitet.

scheidung des Gerichts. „Aktuell prüfen wir rechtliche Schritte gegen die Polizei Dortmund und den Polizeipräsidenten Gregor Lange. Wir nehmen den Rechtsstreit gerne an, wobei es ein ungleiches Duell ist: Unsere kompetente Rechtsabteilung gegen eine Behörde notorischer Gerichtsverlierer, die Nachhilfestunde für Nachhilfestunde in den Gepflogenheiten des Rechtsstaates erhält.“

Doch darin hatten sie sich getäuscht: Die Richter schrieben ausdrücklich, dass durch die Veröffentlichungen deutlich werde, dass die Partei mindestens auch Strukturen des 3. Reiches anstrebe. Daher ergebe sich „aus dem Schutzgedanken (Stadt„schutz“) für Personen und Objekte (...) ein Einschüchterungs- und Bedrohungsszenario mit Aggressionspotenzial“, heißt es im Beschluss des Verwaltungsgerichts. Die Richter verwiesen dabei auch auf Veröffentlichungen der Partei zum „Modell einer funktionierenden Volksgemeinschaft“, das nur „noch in der Erinnerung älterer Volksgenossen“ lebe. Bereits das gemeinsame Tragen der Hemden mit dem Schriftzug „Die Rechte“ lehnen die Richter daher ab.

Das OVG Münster ging in seinem Beschluss noch etwas weiter: „Der An-

tragsgegner (Die Polizei Dortmund/ Anm.d.Red.) und das Verwaltungsgericht haben eindeutige Anzeichen dafür bezeichnet, dass diese Voraussetzungen vorliegen könnten, weil mit den in Rede stehenden Hemden eine politische Gesinnung mit aktueller Gewaltbereitschaft einhergeht, die – auch unter Berücksichtigung der allgemein zugänglichen Selbstdarstellung im Internet sowie des in Anlehnung an das Horst-Wessel-Lied verwendeten Slogans (...) - gegebenenfalls bedroht und einschüchtert. Das gilt – schon mit Blick auf die für das Verbot des Nationalen Widerstands Dortmund vom Innenminister angeführten Gründe – nicht nur für das Tragen von Mottohemden mit dem Aufdruck ‚DIE RECHTE Stadtsschutz Dortmund‘, sondern auch bei äußerlich ähnlich aufgemachten Hemden, die ‚Weg mit dem NWDO-Verbot‘ fordern“, heißt es aus Münster weiter.

Allerdings obliege eine endgültige Prüfung einer Strafbarkeit den Strafverfolgungsbehörden, machten beiden Gerichte deutlich. Die Richter sahen im konkreten Fall der NWDO-T-Shirts einen Verstoß gegen das Verbreiten von Propagandamitteln einer verbotenen Organisation und werteten diese auch

als Uniformteile. Gegen das Tragen der „NWDO-T-Shirts“ als solches war bislang nicht ermittelt worden. Das könnte sich nun ändern. Der juristische Fortgang dürfte daher interessant werden.

Auch die mögliche strafrechtliche Relevanz ihres Fotos mit den „gelben Bataillonen“ hatten die nach eigenem Bekunden juristisch sehr versierten Parteimitglieder unterschätzt: Hatten Sie das Bild ursprünglich mit der Bildzeile „Ziemlich angesagt: Die gelben Mottohemden!“ für den Kauf der „Weg mit dem NWDO-Verbot“-Hemden auf ihrem Zentralorgan geworben, ruderten sie anschließend zurück. Aus dem besagten Beitrag verschwand das Bild.

Anschließend erschien das Foto in einem Protestartikel mit der Bildzeile „Stein des Anstoßes: Die satirische Grafik der ‚gelben Bataillone‘“. Allerdings ging ihnen dann wohl ein Licht auf, dass niemand ihnen die satirische Absicht abkaufen würde – daher verschwand das Bild ganz von der Seite. Allerdings vergisst das Internet nichts: Auf Google ist es weiterhin zu finden – sogar mit Vermerk auf den ursprünglichen Artikel. Und von Satire ist dort keine Rede ...

Doppelte Schlappe zum Jahrestag des NWDO-Verbots

Ein Schlag ins Wasser war für die Partei „DIE RECHTE“ ihre Kundgebung zum Protest gegen das NWDO-Verbot - zumindest was ihre Veranstaltung in der City betraf. Gerade mal 85 Neonazis fanden sich dort zu einer stationären Kundgebung ein und wurden von hunderten Demokraten und Antifaschisten „empfangen“.

Bei dem Protest zum ersten Jahrestag des Verbots hatten sie noch einen Aufmarsch mit 400 Teilnehmern auf die Beine gestellt. Weil nur unweit von ihrem Kundgebungsort der „Christopher



Am 23. August 2014 hat „DIE RECHTE“ eine Kundgebung in Dortmund veranstaltet.



Die Neonazis haben – parallel zum CSD – gegen Homosexuelle gehetzt. Auch NPD-Mitglieder nahmen teil.

Street Day“ des SLADO e.V. stattfand, formierte sich ein deutlich breiteres Bündnis, um gegen die Neonazis zu protestieren. Diese setzten ein lautstarkes und farbenfrohes Zeichen für Toleranz, Vielfalt, Demokratie und gegen Homophobie und Rassismus. Die Neonazis – die im Vorfeld zwei empfindliche juristische Niederlagen einstecken und daher auf ihre „Mottohemden“ verzichten mussten (Siehe vorheriges Kapitel „StadtSchutz“) – sahen sich einer deutlichen Übermacht von Gegendemonstranten ausgesetzt. Zudem konnten die Dortmunder Neonazis im Vorjahr mit Parteichef Christian Worch, Thomas („Steiner“) Wulff und dem Ex-„Wiking-Jugend“-Vorsitzenden Wolfram Nahrath auch „Prominenz“ der Szene begrüßen; diesmal blieb der Teil der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene, der bei der „Rechten“ Unterschlupf gefunden hat, fast unter sich.

Zwischen den Neonazis stand einer, von dem man das an dieser Stelle nicht unbedingt erwartet hätte: der NPD-Landeschef Claus Cremer. Sein Vorstand hatte noch vor wenigen Monaten „DIE RECHTE“-Akteure für Atta-

cken gegen NPD-Funktionäre in Dortmund verantwortlich gemacht. Doch die schroffe Abgrenzung ist für Cremer passé, was sich auch bei der geplanten Zusammenarbeit beider Parteien im Rat abzeichnet. Gut möglich, dass sein Auftritt in Dortmund Cremer Schelte im eigenen Landesvorstand einträgt. Dessen Mitglied Matthias Pohl hatte erst vor Kurzem empfohlen, die NPD solle sich um mehr Seriosität bemühen, während die „Jungs, die eher auf den Kra-wall auf der Straße aus sind“, doch bitte zur Worch-Partei gehen sollten. Dorthin also, wo an diesem Tag sein Landesvorsitzender zu finden war.

Allerdings war Cremer dort nicht allein: Auch Axel Thieme, Dortmunder Ratsmitglied und NPD-Funktionär, stand „hinter Gittern“ (allerdings nur Bauzäune) und plauschte mit Siegfried Borchardt. Thieme ist nicht zum ersten Mal im Umfeld des CSD zu sehen gewesen: Am Tag vor der Kommunalwahl im August 2009, so befand das Amtsgericht Dortmund, habe er einem CSD-Besucher und Neonazi-Gegner im Hauptbahnhof einen Faustschlag versetzt. Anders als bei früheren Kundge-

bungen, ließ die Polizei dieses Mal die Gegendemonstranten – sehr zu deren Freude – ganz dicht an den Neonazi-Kundgebung heran. Offiziell als Protest gegen das Verbot des „Nationalen Widerstands Dortmund“ (NWDO) vor zwei Jahren angemeldet, nutzten die Neonazis aber auch die Gelegenheit, gegen Homosexuelle, Ausländer und politisch Andersdenkende zu hetzen. So forderten die Rechtsextremen die Wiedereinführung des von den Nazis im Dritten Reich verschärften § 175, der Homosexuelle kriminalisierte und vielen Schwulen in Gefängnissen und Konzentrationslagern das Leben kostete. Zudem machten die Neonazis erneut ihre abenteuerlichen Großmachtphantasien deutlich: Dazu gehörte unter anderem, dass „DIE RECHTE“ als einzige Partei in den Parlamenten säße und die Reinigung Deutschlands von allem „Nicht-Deutschen“ betreibe.

Allerdings brachte die Partei „DIE RECHTE“ lediglich 85 Mitglieder und Unterstützer auf die Straße. Zudem waren die Nazi-Parolen kaum zu hören: Bis zu 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des neuen zivilgesellschaftlichen Bünd-



Neonazis bedrohten und bedrängten – mit Pfefferspray in der Hand – auch Journalisten.

nisses „BlockaDO“ sowie 400 Demokratinnen und Demokraten bei der Demo des CSD-Veranstalters SLADO e.V. und des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus übertönten die Neonazis.

Daher reagierten diese äußerst aggressiv auf Gegendemonstranten und Journalisten. Mehrfach attackierten Neonazis Medienvertreter verbal und körperlich – teilweise mit Pfefferspray in der Hand. Ein Reporter wurde dabei auch zu Boden gestoßen. Zudem wurden Polizeibeamte durch einen Neonazi verletzt, der Gegendemonstranten mit Pfefferspray attackieren wollte und dabei Beamte traf. Gegen ihn wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

Während die Neonazis ihre äußerst schwach besuchte Kundgebung in der City als Misserfolg verbuchen mussten, erzielten sie zumindest mit dem Abhalten einer zweiten Kundgebung in der Nordstadt noch einen kleinen Erfolg. Denn dorthin hatten sie in der Nacht zuvor eine Demo angemeldet, um gegen die Besetzung einer leerstehenden Kirche durch Alternative und Autono-

me zu protestieren. Im Kooperationsgespräch mit der Polizei wurde den Neonazis der Marsch von der City in die Nordstadt zwar untersagt – aber die Anmeldung einer Standkundgebung wurde ihnen bestätigt.

Der Erfolg bestand darin, dass die Stadtgesellschaft dies im Vorfeld nicht erfuhr. So konnten sich keine Gegendemonstranten darauf einstellen – entsprechend empört reagierten daher Politiker und Antifaschisten. Vor allem auch deshalb, weil die Autonomen in der Kirche sich von den Neonazis bedroht fühlten – die Polizei war trotz der Bestätigung der Kundgebung anfangs nur sehr spärlich mit Kräften vertreten.

Allerdings sorgten die Bewohnerinnen und Bewohner im Bereich Oestermärsch und Enscheder Straße auch ohne Verstärkung von außen für lautstarke Proteste. Überwiegend Migranten stellten sich den Neonazis entgegen und machten ihnen mehr als deutlich, dass die Partei „Die Rechte“ in der Nordstadt nicht willkommen ist. Es entwickelten sich sehr lautstarke und unterhaltsame „Dialoge“, die häufig

nicht jugendfrei waren. Die Migranten machten dabei deutlich, dass die Neonazis gerne wiederkommen könnten – sie bekämen dafür dann erneut die Quittung: Sie skandierten Parolen wie „Ausländer rein, Neonazis raus“ und machten sich lautstark über die Kundgebung lustig – zum Beispiel, weil sich „nur“ 60 Neonazis in die Nordstadt getraut hätten. „Was ist denn bei euch los? Will keiner mehr mitmachen?“, zog einer der Anwohner die Neonazis auf.

Mit weniger Humor nahmen es ältere Migranten, die sich bei Polizisten und Journalisten über die Kundgebung beschwerten, wo doch Neonazis Migranten angegriffen und getötet hätten.

In der Nordstadt wurde Kiosk-Besitzer Mehmet Kubasik von den Mördern des NSU getötet. Entsprechend sensibel reagierten Polizeibeamte, als einer der Neonazis einen protestierenden ausländischen Kioskbesitzer mit dem Spruch „Pass auf, dass Du dir keine Kugel fängst“ bedrohte. Die Beamten sorgten dafür, dass der Migrant Anzeige erstattete. Damit dürfte auch hier ein „Nachspiel“ garantiert sein.

„DIE RECHTE“ in Westfalen: Vernetzt und aktivistisch



Am 3. Oktober 2014 haben die Neonazis in Hamm demonstriert.

Dortmund hat auch für die rechtsextreme Szene eine oberzentrale Funktion. Doch nicht nur dort sind Neonazis aktiv: Die Kreisverbände der Partei „DIE RECHTE“ sind unterschiedlich rege. Vor allem in Hamm und Wuppertal gibt es seit längerem Aktionen - häufig unterstützt von Dortmunder Aktivisten.

In Wuppertal wurde auch die Idee der Partei „DIE RECHTE“ vom „Stadtschutz“ kopiert und angewendet - hier ist sie vor allem als Antwort auf die „Scharia-Polizei“ zu sehen. Neben Protestaktionen verteilen sie Pfefferspray und Trillerpfeifen an junge Frauen, damit sich diese gegen „kriminelle Ausländer“ verteidigen können. Am 18. Oktober fand hier eine Demonstration zur Einrichtung eines „Nationalen Jugendzentrums“ statt. Dagegen formierte sich demokratischer Protest.

Das gleiche Bild zeigte sich in Hamm: Hier fand am Tag der Deutschen Einheit eine Veranstaltung der Neonazis statt - personell unterstützt aus Dortmund. Über 1000 Menschen sind auf der Straße gewesen, um gegen rechtes Gedankengut zu demonstrieren. Der „haekelclub590“, das antifaschistische Jugendbündnis in Hamm, und seine zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützern aus der Stadtgesellschaft hatten unter dem Motto „Entschlossen

gegen rechtes Gedankengut – Vom Stadtrat bis zum Stammtisch“ dazu aufgerufen.

Mit dem Verlauf des Tages zeigten sich die Aktiven des „haekelclub590“ sehr zufrieden: „Das demokratische Mittel der Blockade ist am 3. Oktober am Hauptbahnhof in Hamm durchgesetzt worden. Der Beginn des Naziaufmarsches konnte verzögert werden“. Weiterhin betonten die Akteure: „Unsere anschließende Demonstration verlief friedlich und zeigte mit über 1000 Teilnehmenden über den Tag verteilt, dass Hamm keinen Bock auf Nazis hat. Wir werden weiterhin konsequent gegen rechtes Gedankengut vorgehen. Vom Stadtrat bis zum Stammtisch.“



Der „haekelclub590“ entstand im Zuge des Naziaufmarsches vom 23. Oktober 2010. Dagegen bildete sich ein breites antifaschistisches Bündnis, um der Nazidemonstration in Hamm entgegenzutreten. Aus diesem gemeinsamen Ziel entstand der Wunsch nach einer weitergehenden Zusammenarbeit gegen Rechts. Entstanden ist aus einer Vielzahl von Initiativen und Einzelpersonen ein antifaschistisches Jugendbündnis. Ziel ist es, vielfältige Aktivitäten aller Initiativen gegen Rechtsextremismus in Hamm zu bündeln und zu koordinieren.

Er versteht sich als aktives Bündnis gegen Faschismus, Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie, Islamophobie und Militarismus.

Einer seiner „Gegenspieler“ ist der DR-Kreisverband Hamm, der am 27. Oktober 2012 gegründet wurde. Er bezeichnet sich selbst als „junger, gut organisierter, aktiver und schlagkräftiger Kreisverband, der sowohl inner- als auch außerhalb der Parlamente politische Aufklärungsarbeit leistet“. Im Mai dieses Jahres gelang der Partei der Einzug in den Hammer Stadtrat und in die Bezirksvertretung Herringen. An seiner Spitze steht der Jura-Student Sascha Krolzig, der früher schon in der Kame-radschaft Hamm aktiv war. Er hat enge Verbindungen zu den führenden Dortmunder Neonazis und ist auch Mitglied des Landesvorstands der Partei „DIE RECHTE“.

Einen „PR-Coup“ landeten die Hammer mit der Ankündigung einer „Beratungsstelle für Opfer von Deutschenfeindlichkeit“, um den „Betroffenen von Ausländerkriminalität seelsorgerische und juristische Hilfestellungen zu geben“. Dabei haben sie textlich die Inhalte von richtigen Opferberatungen geklaut und für ihre abstrusen Thesen umgedeutet.

Das „HoGeSa“-Phänomen: Die unheilvolle Allianz von gewalttätigen Neonazis und Hooligans

Mancher scheint noch immer wie im Rausch: Von einem „Fanal des Aufbruchs“ ist auf einer einschlägigen Internetplattform die Rede. Endlich hätten „echte Männer Gesicht für unser deutsches Vaterland gezeigt“, heißt es an anderer Stelle. Und einer prophezeit: „Köln war nicht das Ende, Köln war der Anfang!“

„Neonazis im Propaganda-Rausch“ titelt daher *spiegel.de*. Die rechtsextreme Szene feiert die Gewaltproteste von Köln am 26. Oktober 2014 als Machtdemonstration. Fast 5000 Menschen waren an diesem Sonntag auf der Straße: Lange nicht bewegte sich ein so großer Mob durch eine deutsche Innenstadt, grölte dabei offen rassistische Parolen und attackierte verbal und körperlich Polizisten, Journalisten und politische Gegner.

Für viele braune Aktivisten muss die Internetgruppe „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) wie ein Befreiungsschlag wirken. Zuletzt verliefen die meisten Aufmärsche am rechten Rand eher kümmerlich. Oft kamen nur ein paar Versprengte, um nach stundenlanger Blockade in zügigen Kleinstadt-Bahnhöfen wieder die Heimreise anzutreten. Kein Wunder, dass der eine oder andere mit beschränktem Weltbild über eine neue „Volksfront“ jubelt.

Mit Argusaugen verfolgt daher auch die Dortmunder Polizei die Kölner Geschehnisse und Ausschreitungen, die



Am 28. September fand ein HoGeSa-Treffen in Dortmund statt.

Mitglieder der Internetgruppe „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) am 26. Oktober zu verantworten hatten. Wie schon beim vorherigen Treffen am 28. September in Dortmund, welches aber noch ohne Gewalttätigkeiten abließ, waren auch in Köln zahlreiche Dortmunder Neonazis vertreten.

Ihr Motto an beiden Orten: „Gemeinsam sind wir stark“. Unter den mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Dortmund befanden sich viele Neonazis – vor allem Vertreter der Partei „Die Rechte“, der NPD und von ProNRW nahmen daran teil – ebenso wie Mitglieder der gewaltbereiten Borussenfront. Zu der Dortmunder „Prominenz“ gehörten unter anderem Siegfried „SS-Siggi“ Borchardt und Michael Brück – zwei von rund zwei Dutzend Dortmunder Neonazis unter den Teilnehmern. Sie hatten

zuvor auf ihren Seiten für eine Teilnahme geworben, obwohl das Sprachrohr der Gruppe ein ProNRW-Aktivist ist.

Die Organisation der Dortmunder Veranstaltung lag bei Dominik H. Roeseler – stellvertretender Parteivorsitzender und Kreisvorsitzender Mönchengladbach der rechtspopulistischen Bürgerbewegung PRO NRW. „Es ist nicht verkehrt, sich ein Bild zu machen und die berechtigte Forderung zu unterstützen,





In Dortmund formierte sich die unheilvolle Allianz, die anschließend in Köln für Krawalle sorgte.

wenngleich Salafisten nur ein Problemsymptom sind“, warb „Die Rechte“ bei Facebook zur Teilnahme. „Unser Widerstand gilt der Islamisierung Europas und der Masseneinwanderung nach Deutschland!“

„Sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang stehen wir im engen Austausch mit den Kölner Kollegen“, betonte Polizeipräsident Gregor Lange im Rahmen einer Pressekonferenz.

„Die Zusammenarbeit von Alt-Hooligans und Neonazis ist schon augenfällig. Es ist eine unheilvolle Allianz, die wir mit allergrößter Sorge beobachten.“

Die gewalttätigen Ausschreitungen wollen alle Polizeibehörden nutzen, um ihre Gefahrenprognosen zu untermauern. „Sie speisen sich nur aus Fakten, nicht aus Befürchtungen und Gefühlen“, verdeutlichte Lange die Probleme, solche Veranstaltungen im Vorfeld zu verbieten. Vor allem das Zusammenwirken von Hooligans verschiedener Vereine sei Grund zur Sorge: „Mir bereitet das Unwohlsein, dass Leute, die sich sonst gegenseitig die Schädel einschlagen, jetzt Seite an Seite stehen.“

Mehrere tausend Anhänger der Vereinigung „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) hatten am Sonntag in der Kölner

Innenstadt gegen (nicht anwesende) Salafisten demonstriert. Während der Versammlung kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen. Nach einem friedlichen Auftakt griffen die nach Polizeiangaben „zum Großteil stark alkoholisierten und aggressiven Demonstranten“ anschließend Einsatzkräfte mit Gegenständen und Feuerwerkskörpern an. Die Polizei ging mit Schlagstock, Pfefferspray und Wasserwerfer gegen Gewalttäter vor. Die vorläufige Bilanz des Einsatzes: 44 verletzte Beamte von Landes- und Bundespolizei sowie 17 freiheitsentziehende Maßnahmen. Außerdem wurden mehrere Einsatzfahrzeuge beschädigt.

Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass unter den Teilnehmern des aus der Fußball-Hooligan-Szene initiierten Bündnisses der Gewalt rund 500 bekannte Rechtsextremisten waren. Dass sich eine so große Zahl zusammenfindet, ist an sich schon ungewöhnlich. Dass sie aber unbehelligt in einer viel größeren Gruppe mitmarschieren können, noch viel ungewöhnlicher.

Rechtsextreme Gruppen und Parteien machen sich nun Hoffnung: Die Proteste von Köln, der angebliche Kampf gegen gewaltbereite Salafisten sollen ihnen aus der Isolation und damit auch aus der politischen Bedeutungslosigkeit helfen - und neuen Zulauf verschaffen.

Besonders eine rechtsextreme Truppe, die frische Kräfte gut gebrauchen kann,



Dominik H. Roeseler (proNRW/ blaues Hemd) war Organisator – im Hintergrund Dortmunder Aktivisten.

tat sich laut spiegel.de als wohlwollender Begleiter der Kölner Proteste hervor: Die vor zwei Jahren gegründete Partei „Die Rechte“ des Hamburger Neonazis Christian Worch war erneut mit etlichen Mitgliedern und Sympathisanten vor Ort. Vorneweg der Dortmunder Kreisvorsitzende Siegfried Borchardt, der wegen Körperverletzung verurteilte Matthias Drewer, Kreischef in Wuppertal, ebenso wie NRW-Landesvize Michael Brück. In dessen Versandhandel „Antisem.it“ gibt es alles, was der gemeine Neonazi so braucht: Zwille, Stahlkugeln, Reizgas, Sturmhaube.

Diese „unheilvolle Allianz“ formiert sich nun seit gut einem Jahr. Der Kölner Aufmarsch ist der vorläufige Höhepunkt. „Die rechtsextreme Szene hofft jetzt auf Zulauf von bislang unpolitischen Hooli-

gans. Das ist für die wie Weihnachten“, kommentiert Szene-Kenner und Autor Johannes Radke. Für die Dortmunder Neonazis ist die unerwartete Schützenhilfe ein neues Reservoir von potenziellen Mitläufern und Schlägern, die sie seit Jahren und Jahrzehnten schon unter gewaltbereiten Fans, Hooligans und Ultras zu rekrutieren versucht. Ganz im Stil der „Borussenfront“ – sie ist seit rund drei Jahrzehnten das Sinnbild für Gewalt im Fußball.

Polizeipräsident Lange betont mit Blick auf „HoGeSa“, dass die Polizei auch in Zukunft friedliche Fans schützen, aber gewalttätige Fans und Neonazis bekämpfen würde. „Es wäre gut, wenn sich friedliche Fans und Ultras von diesen Vorkommnissen deutlich distanzieren würden.“



Die politische Gremienarbeit unter Polizeischutz

Die Partei „DIE RECHTE“ verfolgt konsequent ihre Doppelstrategie: Aktionismus auf der Straße und quasi legalistische Arbeit in den politischen Gremien. Doch dabei sind die Folgen des „Rathaussturms“ deutlich zu spüren: Vor der Sommerpause war bei jeder Gremiensitzung mit Beteiligung der Partei „DIE RECHTE“ neben hauseigenen Kräften ein zusätzlicher Sicherheitsdienst präsent. Auch die Polizei zeigte sichtbar Präsenz und hatte Verstärkungskräfte in Hinterhand, um auf jede Eventualität reagieren zu können.

Mit Spannung wurde daher die konstituierende Sitzung des Dortmunder Stadtrates am 18. Juni 2014 erwartet, weil mit Siegfried Borchardt erstmals ein bekennender Neonazi in den Stadtrat einzog. Demonstrativ haben Stadt- und Verwaltungsspitze im Vorfeld der konstituierenden Sitzungen den Schulterchluss demonstriert.



Gemeinsam wollten sie keine Störungen der Ratssitzungen zulassen. Dabei machte Polizeipräsident Gregor Lange abermals deutlich, dass die Polizei den Rechtsextremen die Räume so eng machen wolle, wie es nach rechtsstaat-

lichen Mitteln möglich sei. Allerdings müsse man Siegfried Borchardt als gewähltem Ratsvertreter der Partei „DIE RECHTE“ den Zugang zum Dortmunder Rathaus ermöglichen: „Wir müssen damit umgehen, ob wir wollen oder



nicht“, betonte Lange. „Demokratischer Protest muss daher nicht nur gut gemeint, sondern auch gut ausgeführt werden.“ Demokratische Protest-Aktionen begrüßten Stadt und Polizei ausdrücklich. „Aber ich möchte die Polizei nicht die Rolle gedrängt sehen, dass sie dem Ratsmitglied der „Rechten“ den Zugang organisieren muss“, so Lange. „Wir sind besser aufgestellt, als wir sein müssten“, betonte Lange im Vorfeld. Die Polizei zeigte sichtbar Präsenz. Sze-

nen wie am Abend des 25. Mai sollten sich nicht wiederholen können - zumal eine Vielzahl von bundesweiten und teilweise sogar internationalen Medienvertretern der Ratssitzung beiwohnen wollten.

Bei den folgenden Gremiensitzungen wurde der Aufwand deutlich herunter gefahren. Auch auf Aktionen, die Besucherplätze frühzeitig zu besetzen, verzichteten die Demokraten. So konnten Neonazis der zweiten Ratssit-

zung und der zweiten Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord beiwohnen. Ihre T-Shirts durften sie nicht tragen, Provokationen blieben aus. So durften die ansonsten eher „erlebnis-“ und aktionsorientierten Neonazis sichtlich gelangweilt die letzte Ratssitzung ihrer Galionsfigur Siegfried Borchardt verfolgen.

Er teilte anschließend mit, sein Ratsmandat zum 31. Juli 2014 aus „gesundheitlichen Gründen“ niederzulegen.



Der Sicherheitsdienst muss regelmäßig Aktivisten auf der Besuchertribüne zur Ordnung rufen.



Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“

Wie geht es nun weiter?

Stein um Stein liefern die Neonazis Argumente für ein Verbot ihrer Partei, die offensichtlich kaum mehr als ein Deckmantel und eine Schutzhülle für eine Vielzahl von Neonazis und Mitgliedern verbotener Organisationen ist. Doch der Weg ist lang – die Hürden für ein Parteienverbot sind aus guten demokratischen Gründen hoch.

Daher sind jetzt, nach der Wahl, wo die inhaltlichen Themen in den Kommunen wieder in den Mittelpunkt treten, die Zivilgesellschaft, die Parteien sowie deren Rats- und BV-Vertreter erst richtig gefragt. „Wir dürfen den Dreiklang von Zivilgesellschaft, Kommune und repressiven Kräften nicht zurückstellen“, fordert Hartmut Anders-Hoepgen, ehrenamtlicher Sonderbeauftragter der Stadt Dortmund für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. „Es sind Wunden geschlagen worden. Aber wir müssen an den früheren positiven Kontakten anknüpfen und weiter konstruktiv zusammen arbeiten.“

Jetzt müsse es darum gehen, der Partei „DIE RECHTE“ wie auch den anderen rechtsextremen Parteien das Wasser abzugraben. Daher müssten zwar deren Anträge abgeblockt und die dahinter steckende Ideologie entlarvt werden, verdeutlicht die DGB-Vorsitzende Jutta Reiter.

Gleichwohl müssten die dahinter liegenden Probleme angegangen werden. „Wir brauchen am Gemeinwohl orientierte Lösungen.“ Die demokratischen Parteien müssten jetzt die Themen aufgreifen und die Felder besetzen und damit nicht bis zur nächsten Wahl warten. „Dann erreichen wir viele Menschen, die die Rechtsextremen gewählt haben.“

Allerdings tun sich viele Parteivertreter noch schwer, mit der ungewohnten und vor allem sehr schnellen Besetzung von Themen durch die Partei „DIE RECHTE“ umzugehen. Es fehlt vielerorts noch an Handlungs- und Haltungssicherheit. Denn die Neonazis lassen keine Steilvorlage aus oder schaffen sich selber welche.

So hatten sie beispielsweise binnen weniger Stunden eine Internetseite zum Erhalt des Westbads geschaltet, nachdem die Sparpläne des Kämmerers publik wurden. Außerdem veröffentlichten sie eine Flut von Anfragen zu allen möglichen und unmöglichen Themen. Während sie vor allem zur Provokation dienen, sollen die gemeinsamen Ratsanfragen mit der NPD auch dazu dienen, ihren angestrebten Gruppenstatus mit der NPD zu untermauern.

Die Rechtsextremen von NPD und „DIE RECHTE“ haben bereits eine Vielzahl

von Anfragen gestellt. Darunter sind auch einige gemeinsame Anträge. Damit wollen sie ihre Forderung nach einer gemeinsamen Ratsgruppe unterstreichen: Sollte ihre Gruppenbildung anerkannt werden, bekämen sie aus Steuermitteln mehr als 40.000 Euro pro Jahr.

Die Anfragen lassen das gesamte Spektrum der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit deutlich erkennen: Zu Aidskranken, Ausländern, Flüchtlingen, Roma und nicht zuletzt zur jüdischen Wohnbevölkerung – dies löste bundesweit Empörung aus – haben sie Anfragen gestellt.

Allein für die Dezember-Ratssitzung gibt es mehr als 100 Anfragen der beiden Parteien, mit denen sich das Gremium und die Stadtverwaltung beschäftigen muss.

Um diese inhaltliche Auseinandersetzung zu führen und auch die Argumente und Strategien der Partei „DIE RECHTE“ zu entlarven, veröffentlichen wir in der zweiten Auflage erneut die Fakten und Argumentationshilfen zum Wahlprogramm der Partei „DIE RECHTE“.

Denn weder deren Forderungen noch die Themen sind vom Tisch. Die inhaltliche Auseinandersetzung beginnt jetzt erst richtig ...

WIE GEHT ES NUN WEITER?

„SS-Siggi“ als Spitzenkandidat: „Von der Südtribüne in den Stadtrat!“

Personell sind die Kontinuität zwischen dem „Nationalen Widerstand Dortmund“ und dem DR-Kreisverband nicht zu übersehen.

Bereits im September 2013 wurde in einer Mitgliederversammlung der „Spitzenkandidat“ gekürt: **Siegfried Borchardt**. Vorgestellt wurde der damals 59-Jährige als „bekannter, langjähriger Aktivist der nationalen Bewegung“.

Bereits die Biografie des unter anderem wegen Körperverletzungsdelikten vorbestraften Neonazis garantiert der Partei lokal wie überregional mediale Aufmerksamkeit.

In den 80er Jahren machte Borchardt – Spitzname „SS-Siggi“ – vor allem als Anführer der neonazistischen Hooligan-Truppe „Borussenfront“ und Bundes-Vi-

ze der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) Schlagzeilen.

Dennis Giemsch, Zweiter auf der Reserveliste, war der unumstrittene Kopf und Anführer des NWDO, Organisator, Leiter und Redner zahlreicher Demonstrationen. Giemsch sorgte auch für eine enge Vernetzung von Gruppen „Autonomer Nationalisten“ im Internet.

Michael Brück steht auf Platz 3 der Liste. In den letzten vier Jahren hat er sich in die erste Reihe der örtlichen Szene vorgearbeitet. Er tritt als Redner und Anmelder von Veranstaltungen auf und leitet den „Antisem“-Versand.

Christoph Drewer, der Vierte auf der Liste der Kandidaten, gehörte ebenfalls zur Führungsriege des „Nationalen

Widerstands“. Bei Demos tritt er zuweilen als Redner oder Ordner auf. **Daniel Grebe**, Platz 5 auf der Liste, hat sich wie Brück erst in den letzten Jahren in der lokalen Szene in den Vordergrund gespielt. Bei lokalen und regionalen Veranstaltungen tritt er als Redner auf.

Dietrich Surmann kandidiert zwar nicht – seine Bedeutung für die Partei ist aber nicht zu unterschätzen. Das Landesvorstandsmitglied kaufte das Ladenlokal in Huckarde, das der Partei als Geschäftsstelle dienen sollte, aber auf Grund bauordnungsrechtlicher Vorschriften seit Monaten nicht genutzt werden kann.

Zusammen mit Dennis Giemsch und Alexander Deptolla gehörte Surmann zu den Hoch-Zeiten der „Autonomen Nationalisten“ in Dortmund zu deren engerer Führungsspitze.



Listenplatz 1
Siegfried Borchardt



Listenplatz 2
Dennis Giemsch



Listenplatz 3
Michael Brück

„25 Forderungen zur Dortmunder Kommunalwahl 2014“

Im November 2013 veröffentlichte die Partei ein lokalpolitisches Programm: „25 Forderungen zur Dortmunder Kommunalwahl 2014“.

Man muss auch in diesem Zusammenhang die Zahl der „Forderungen“ nicht für zufällig halten. Wie bei der Demonstration am 31. August 2013 dürfte es sich um eine Anspielung auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP handeln.

Dabei ist man raffiniert genug, rassistische, antidemokratische, geschichtsrevisionistische und bloß populistische Parolen mit tatsächlichen oder vermeintlichen kommunalen Problemlagen zu verknüpfen.

Die „Forderungen“ offenbaren den neonazistischen Kern von „DIE RECHTE“ häufig erst auf den zweiten Blick, da einige Standardparolen – wie etwa das bei Demos skandierende Bekenntnis zur deutschen „Rasse“ oder zum „Straßenkampf“ – sich in den „Forderungen“ so offen nicht wieder finden. Bei der Forderung „Ausländer raus“ hat



Die „25 Punkte“ dürften eine Anspielung auf die NSDAP sein – auch sie hatte ein 25-Punkte-Programm.

sich dies seit dem 1. Mai 2014 geändert. Selbst kündigt „DIE RECHTE“ ihr Programm im Vorwort ihrer Internetseite zur Wahl so an: „Die Partei hat für Dortmund 25 kommunale Forderungen aufgestellt. Wir haben uns zum

Ziel gesetzt, mit unseren Leitlinien, den 25 kommunalpolitischen Forderungen, den katastrophalen Zuständen, die jahrzehntelange SPD-Herrschaft über Dortmund gebracht hat, aktiv entgegenzutreten!“



Listenplatz 4
Christoph Drewer



Listenplatz 5
Daniel Grebe



kandidiert nicht
Dietrich Surmann

Populismus pur statt realer kommunalpolitischer Themen



Die Schwerpunkte sind bereits im Forderungskatalog der Partei „DIE RECHTE“ zur Kommunalwahl ersichtlich.

Eindeutig im Mittelpunkt steht dabei der Themenbereich Zuwanderung, insbesondere vor dem Hintergrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union.

Dies haben sie bereits mit als sogenannte „Mahnwachen“ bezeichneten Infoständen – unter anderem vor der Arbeitsagentur – und bei ihrem Aufmarsch am Tag der Arbeit deutlich gemacht.

Wo immer sich die Möglichkeit bietet, wird sich „DIE RECHTE“ zudem als Fürsprecher „deutscher“ Familien und insbesondere „deutscher“ Kinder zu gerieren versuchen.

Fortgesetzt werden dürften die Aktionen gegen demokratisch gesonnene Bürger, Politiker und Parteien.

Nicht unterschätzt werden dürfen schließlich – insbesondere in einer Stadt wie

Dortmund – die Versuche, sich des Themas Fußball zu bemächtigen.

Die Kandidaten (das „Gendern“ mit „Kandidatinnen“ erübrigt sich fast – es gibt nur vier Frauen) wollen bei den meisten Themen offenbar bewusst abstrakt bleiben, um sich bei den vielen inhaltlichen Fragen keine Blöße zu geben.

Die Partei hat Kandidaten für alle 40 Stadtrats-Wahlbezirke (36 Männer, vier Frauen) gefunden. Außerdem will die Partei mit einer elfköpfigen Reserveliste (nur Männer) und bei der Wahl der Bezirksvertretungen in Scharnhorst, Eving, Huckarde, Lütgendortmund, Mengede, Innenstadt-West mit jeweils zwei und in der Nordstadt sogar mit drei Listenkandidaten (ebenfalls nur Männer) antreten.

Deutlich wird bei den Forderungen: Das Programm ist dünn. Es bestand über Monate nur aus Schlagworten und populistischen Parolen. Konkrete Lösungsvorschläge für benannte Probleme – oder gar Finanzierungsvorschläge – werden, wenn überhaupt, erst nach und nach genannt.

Wie solche Forderungen umgesetzt werden können, ob sie verfassungsrechtlich oder kommunal überhaupt realisierbar sind oder welche Auswirkungen sie im Detail hätten, darüber sollen sich anscheinend andere Gedanken machen.

Die 25 Forderungen der Partei „DIE RECHTE“ in thematischen Blöcken:

Schwerpunkt ► **ZUWANDERUNG**

(Forderungen 1 - 4)

Schwerpunkt ► **FAMILIE UND KINDER**

(Forderungen 5, 6, 7, 13)

Schwerpunkt ► **SOZIALES UND WIRTSCHAFT**

(Forderungen 11, 12, 15, 16, 17, 18, 20)

Schwerpunkt ► **SCHULE UND BILDUNG**

(Forderungen 8, 9, 10)

Schwerpunkt ► **POPULISMUS GEGEN DEMOKRATEN**

(Forderungen 14, 19, 22, 24)

Schwerpunkt ► **FUSSBALL**

(Forderung 23)

Schwerpunkt ► **GESCHICHTSREVISIONISMUS**

(Forderungen 21, 25)

1

● Schwerpunkt:

Zuwanderung

Mit Abstand wichtigstes Thema von „DIE RECHTE“ im Wahlkampf ist die im Neonazi-Jargon so bezeichnete „massenhafte Überfremdung“. Zwischen unterschiedlichen Formen der Zuwanderung wird kaum bis gar nicht differenziert. Resultat aus Neonazi-Sicht: „Immer mehr Fremde strömen in unsere Stadt, gelangen in den Genuss von Sozialleistungen und tragen zur Entstehung von Parallelwelten bei.“

Scharnhorst, Hörde-Clarenberg oder Westerfilde seien für „zahlreiche Deutsche“ „Angsträume, in denen sie sich aufgrund ihrer eigenen Kultur und Identität unwohl fühlen“. Binnen kürzester Zeit finde „ein Bevölkerungsaustausch durch die Einwanderung kultur- und raumfremder Ausländer statt“. Oft würden Kriminalität und Verelendung das Straßenbild ganzer Stadtviertel prägen.

„Wenn ab dem 1. Januar 2014 keine Arbeitsbeschränkungen gelten und es osteuropäischen Einwanderern somit auch ermöglicht wird, vollumpfängliche Sozialleistungen in Deutschland zu beantragen, droht eine weitere Einwanderungswelle in bisher nicht gekanntem Ausmaß“, so hieß es im Oktober 2013 auf ihrem „Nachrichten-Portal“ über die zum Jahresbeginn drohende neue „Überfremdungswelle“.



Überraschend war es vor dem Hintergrund dieser Argumentation nicht, dass DR schon mehrfach ihren Info-stand vor der Agentur für Arbeit an der Steinstraße aufbaute. Die Partei betont, sie werde im Wahlkampf „einen Schwerpunkt auf die osteuropäische Masseneinwanderung und die daraus entstehenden Konflikte legen.

Der Stadt Dortmund wirft „DIE RECHTE“ vor, dass sie „vor der Masseneinwanderung aus Osteuropa kapituliert“, der Polizei, dass sie „zwar mit Sondereinheiten gegen politisch Andersdenkende vorgeht, kriminellen Banden aber nach wie vor große Rückzugsräume lässt“. Da macht sich die Partei bzw. deren Internetorgan sogar zum Hilfspolizisten. Den Dorstfeldern wurde dort empfohlen, sie sollten „Augen und Ohren offen halten und verdächtige Personen der Polizei, aber vielleicht gerade auch den – im Stadtteil bekannten – Aktivisten der nationalen Bewegung melden, die sich nicht für vermeintliche ‚Bagatelldelikte‘ schonen und wirkliche Zivilcourage zeigen“.

Das fordert „DIE RECHTE“

1. Asylanteneinwanderung stoppen

Für die Schließung der Asylantenheime in Lütgendortmund und Hacheney, sowie eine Rückführung der abgelehnten Asylbewerber in ihre Heimatländer!

2. Konsequenz durchgreifen gegen ausländische Kriminelle

Ob in Westerfild, Clarenberg oder Scharnhorst: Sicherheit, Recht und Ordnung auf Dortmunds Straßen durchsetzen – Stoppt die weitere Ghettoisierung und schützt die deutsche Restbevölkerung in den sozialen Brennpunkten!

3. Stoppt die Überfremdung Dortmunds

Wir Deutschen wollen nicht zur Minderheit im eigenen Land werden. Schützt unsere Stadt vor der Invasion aus Osteuropa! Kein weiterer Zuzug aus Bulgarien und Rumänien – für die sofortige Abschiebung krimineller Ausländer!

4. Entzug der Gewerbeerlaubnis bei Kriminellen

Drogenumschlagplätze in Kneipen, Bars und Cafés schließen!

Migration und Kriminalität sind für Neonazis stets die beiden Seiten einer Medaille: Ausländer sind die Täter, Deutsche die Opfer.

Bemerkenswert ist: Nachdem die Dortmunder Polizei im Rahmen des Neonazi-Aufmarsches am Vorabend des Mai-Feiertags und am Tag der Arbeit selbst mit Nachdruck gegen Volksverhetzung und Ausländerfeindlichkeit vorgeht, setzt die Partei „DIE RECHTE“ nun als Reaktion darauf verstärkt auf Provokation: Nachdem sie

es bislang sorgsam vermieden hat, die typisch-rechtsextreme Forderung „Deutschland den Deutschen: Ausländer raus!“ klar zu äußern, hat „DIE RECHTE“ im Nachgang zum 1. Mai 2014 sogar ein Plakat mit genau dieser Parole veröffentlicht. Die rechtlichen Folgen sind noch nicht absehbar - die Staatsanwaltschaft ermittelt.



Die Sorge um die „deutsche Restbevölkerung“

Die Statistiker haben zum 31. Dezember 2013 in Dortmund 583.658 Einwohner gezählt – darunter 81.656 Ausländer. Aktuell liegt die Ausländerquote – also die der Menschen mit einem nicht-deutschen Pass – stadtweit bei 14,0 Prozent. Doch die Verteilung fällt in den Stadtbezirken sehr unterschiedlich aus.

Gibt es also in einigen Stadtteilen wirklich „nur noch eine deutsche Restbevölkerung“, wie „DIE RECHTE“ behauptet? Mitnichten: So liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Scharnhorst-Ost bei 16,5 Prozent, in Wes-

terfildes bei 18,8 Prozent und auf dem Clarenberg bei 30,8 Prozent. Selbst in der Nordstadt bilden die Deutschen noch immer die Mehrheit: Die Quote der Menschen mit ausländischem Pass liegt bei 43,4 Prozent.

Ganz abgesehen davon: Welche Aussage ist damit verbunden? Für die Neonazis sind auch die Menschen „Ausländer“, die mit Zuwanderungshintergrund schon seit Jahrzehnten hier leben und einen deutschen Pass haben. Und „überannt“ wird die Nordstadt schon gar nicht: Sie war schon immer einer der „Ankunftsstadtteile“.

Um die vorige Jahrhundertwende wurde der Borsigplatz „die polnische Drehscheibe“ genannt, weil dort rund 25.000 Menschen aus Polen lebten. Das Stahlwerk hatte sie angelockt – sie wurden gebraucht.

Wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg waren die seinerzeit als „Gastarbeiter“ bezeichneten Menschen wichtig für die deutsche Wirtschaft und bedeutender Faktor für das deutsche Wirtschaftswunder. Viele dieser Menschen sind geblieben – mit ihnen ihre Kinder und Enkel. Sie sind heute auch Dortmunder – egal mit welchem Pass.

Kriminalität: Unterschiedslos Ausländerinnen und Ausländer?

Die Kriminalitäts-Statistik umfasst unter anderem auch alle von Nicht-Deutschen begangenen Straftaten. Also auch die, welche von Durchreisenden, Touristen, usw. begangen worden sind. Dazu zählen zum Beispiel auch Gewaltdelikte von Hooligans am Rande von Fußballspielen. Teilweise begehen Ausländer aber auch Straftaten, die per Definition nur sie begehen können, beispielsweise Verstöße gegen das Ausländergesetz oder das Asylgesetz. Ein weiterer Faktor sind organisierte Banden aus dem Ausland, die beispielsweise für Wohnungseinbrüche verantwortlich gemacht werden. Einen Rückschluss auf die ausländische Wohnbevölkerung ist daher nicht möglich.

Die Kriminalstatistik listet zudem nur Verdächtige auf und keine Verurteilungen. Nicht selten werden nicht-deut-



sche Menschen jedoch vorschnell einer Straftat verdächtigt – auch aufgrund rassistischer Vorurteile. Die Zahl verurteilter ausländischer Personen ist entsprechend deutlich kleiner als die der Verdächtigten. Und straft die Statistik somit „Lügen“.

Eindimensionale Erklärungsansätze fassen beim Thema Kriminalität zu kurz. Denn kriminelles Verhalten kann auch als – falsche – Lösung von mangelnden Perspektiven und Chancen

herrühren. Und die müssen keineswegs „selbstverschuldet“ sein. Die Erfüllung diverser Forderungen aus dem Programm der Partei „DIE RECHTE“ würde die Situation der Ausländer noch verschärfen und hier zusätzliche Probleme schaffen.

Fakt ist: Kriminalität hat nichts mit der Nationalität zu tun, sondern viel mehr mit Alter, Geschlecht, der eigenen sozialen und gesellschaftlichen Situation und der persönlichen Sozialisation.

Außerdem beklagen die Rechtsextremen ganz pauschal einen drastischen Kriminalitätsanstieg und soziale Spannungen. Die Kriminalitätsstatistik gibt darauf keinen Hinweis.

Übrigens: Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen ist nur minimal gestiegen – was in etwa der Bevölkerungsentwicklung entspricht.

Rechtsextremistische Straftaten in Dortmund

Apropos Kriminalität: Wussten Sie, dass im Jahr 2012 erneut mehr als 300 registrierte Straftaten im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Dortmund auf das Konto von Rechtsextremen und Neonazis gingen?

Dazu zählen allein solche Fälle, bei denen eine politische Motivation durch die Polizei festgehalten wurde. Die Dunkelziffer dürfte höher liegen.



Reines Wunschdenken: Der Entzug von Gewerbeerlaubnissen

Diese Forderung von der Partei „DIE RECHTE“ ist reines Wunschdenken. Denn die meisten der als problematisch empfundenen Gaststätten dürfen wegen der im Jahr 2005 erfolgten Liberalisierung im Gaststättenrecht erlaubnisfrei betrieben werden.

Erlaubnispflichtig sind nur noch Betriebe, in denen Alkohol zum Verzehr an Ort und Stelle abgegeben wird. Das Instrument „Entzug der Gewerbeerlaubnis“ kann folglich bei einem Großteil der Betriebe nicht zur Anwendung kommen.

Die Untersagung der Ausübung eines erlaubnisfrei betriebenen Gewerbes

erfordert zwingend gerichtsfeste Beweise über die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden. Dies kann dann der Fall sein, wenn er bereits verurteilt oder wegen gravierender Ordnungswidrigkeiten fortgesetzt mit Bußgeldern belegt worden ist.

Weitere Gründe sind Steuerschulden oder mangelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Um trotzdem Druck zu machen, setzt die Behörde bereits vor der Gewerbeanmeldung an.

Betreiber von Teestuben, Internetcafés und ähnlichen Betrieben werden,

sofern eine Ansiedlung im problematischen Umfeld erfolgen soll, bereits vor der Eröffnung über Bestimmungen und Konsequenzen informiert.

Zunehmend gelingt es, Strukturen aufzudecken und unzuverlässige Betreiber aus diesem Wirtschaftszweig zu entfernen.

Im Übrigen wird bei erlaubnispflichtigen Betrieben das gewerbe- und gaststättenrechtliche Instrumentarium von der Erteilung von Auflagen bzw. Anordnungen über Beschäftigungsverbote bis hin zu Erlaubniswiderufen voll ausgenutzt.

1

Hintergrund: **Flüchtlinge und Asyl**



Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK) präsentiert mit dem „Conflict Barometer 2012“ seine aktuellen Daten und Analysen zum globalen Konfliktgeschehen. Es listet weltweit 396 Konflikte auf, darunter 18 Kriege. Sie ereignen sich in 15 Staaten, verteilt auf vier Weltregionen.

Fakt ist: Mit der Aufnahme von Flüchtlingen hält sich Deutschland an geltendes nationales und internationales Recht. Der humanitäre Ansatz sollte vor der Kostenbetrachtung stehen. Hilfe für Flüchtlinge und Asylsuchende leitet sich aus unserer Geschichte ab und ist im Grundgesetz verbrieft. Wer also die sofortige Abschiebung aller Flüchtlinge und Asylbewerber fordert, fordert nicht nur dazu auf, geltendes Recht zu brechen, sondern verhält sich auf zutiefst inhuman.

2

Hintergrund: **Freizügigkeit und Zuwanderung**



Das Cafe Plovdiv ist nur ein augenfälliges Beispiel für den Zuzug aus Südosteuropa.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist das Herzstück der Europäischen Union. Dieses Recht gilt schließlich auch für Deutsche. Hunderttausende nehmen dieses Recht in Anspruch, um im EU-Ausland zu arbeiten oder zu studieren.

Seit Jahresbeginn gilt die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Rumänen und Bulgaren. Erneut wird eine seit Jahren kontrovers geführte Diskussion um eine

angeblich unverhältnismäßige Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Neuzugewanderte entfacht. Fakten rund um die Zuwanderung aus Osteuropa geraten dabei oftmals in den Hintergrund.

Ansprüche durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Konsens unter den demokratischen Parteien in Deutschland ist, dass EU-Bürger Anspruch auf Grundsicherung im Fall von Arbeitslosigkeit haben, wenn sie zuvor sozialversicherungspflichtig in Deutschland beschäftigt waren. Dabei beschreibt diese Regelung ein für alle EU-Mitgliedstaaten verbindliches Recht, das sich aus der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit ergibt (**»Art. 45 AEUV«**).

Bereits vor der seit dem 1. Januar 2014 geltenden vollen EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren hatte die Bundesregierung eine schrittweise Öffnung einzelner Arbeitsmarktsegmente vollzogen.



Ein großer Teil der Neubürger aus Bulgarien und Rumänien wohnt in der Nordstadt.

Laut Statistischem Bundesamt reisten zwischen 2007 und 2012 bereits 250.000 Bulgaren und Rumänen mehr nach Deutschland ein, als im gleichen Zeitraum fortzogen. Insgesamt lebten 2012 nach Daten des Mikrozensus 537.000 Bürger mit rumänischem Migrationshintergrund in Deutschland. Darunter fallen auch 231.000 (Spät-) Aussiedler sowie 81.000 Eingebürgerte und 99.000 in Deutschland Geborene. Im selben Jahr lebten 115.000 Bürger mit bulgarischem Migrationshintergrund in Deutschland, von denen 12.000 eingebürgert waren und 15.000 in Deutschland geboren sind. Für 2014 rechnet die Bundesagentur für Arbeit mit 180.000 Neuzuwanderern aus beiden Ländern.

Sozialleistungen

Daten zum Anspruch von Rumänen und Bulgaren auf Transferzahlungen in Deutschland finden sich in einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) von August 2013. Demzufolge lag die Arbeitslosenquote unter zugewanderten Rumänen und Bulgaren in

Deutschland zum 31. Dezember 2012 mit 9,6 % deutlich unter der Arbeitslosenquote aller ausländischen Staatsangehörigen von 16,4 % und nur geringfügig über dem Bevölkerungsdurchschnitt von 7,4 %.

Kindergeldberechtigt waren im Jahr 2012 laut der IAB-Studie nur 7,9 % aller Bulgaren und Rumänen, gegenüber 15,3 % unter allen ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland und 10,7 % im Bevölkerungsdurchschnitt. Daten der Agentur für Arbeit für das erste Halbjahr 2013 zeigen, dass über 95 % der Kinder bulgarischer und knapp 90 % der Kinder rumänischer Zuwanderer, für die Kindergeld bezogen wurde, in Deutschland leben. Auch hier lassen die Zahlen nicht auf ein besonderes Missbrauchsproblem schließen.

Fakt ist: Ja, es gibt Armutszuwanderung und einen entsprechenden Problemdruck. Das Problem ist die ungleiche Verteilung: Es gibt Städte, die keine Zuwanderung verzeichnen. Andere bekommen überproportional viele Zuwanderer: Duisburg und Dortmund - und hier vor allem die Nordstadt - gehören dazu. Und ja, in Dortmund sind noch nicht alle Herausforderungen gelöst.

Allerdings wird mit Hochdruck auf allen politischen Ebenen daran gearbeitet. Die Stadt Dortmund, mit OB und Sozialdezernentin an der Spitze, haben sich dabei auf Bundes- und EU-Ebene Gehör verschafft. Gemeinsam sollen alle Probleme gelöst werden - es ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Zudem sollten alle Kritiker bedenken: Die rumänischen Ärzte und die bulgarischen Krankenschwestern sind schon lange in Deutschland. Wen verwundert es, dass jetzt ihre Patientinnen und Patienten nachkommen?

2. Schwerpunkt:

Familie und Kinder

Heute gibt es neben der „klassischen“ Familie mit Eltern und Kindern auch alleinerziehende Elternteile beiderlei Geschlechts, aber auch Patchwork-Familien und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften. In der NS-Zeit wäre dies natürlich nur sehr schwer vorstellbar gewesen. Nach Horst Be-

cker, Autor von „Die Familie. Bücher zur deutschen Volkskunde“, wurde Familie im Dritten Reich so definiert: „Die Familie ist eine Lebensgemeinschaft (...), die auf Blutsgemeinschaft beruht“. Sie war auch für den Fortbestand des deutschen Volkes und die Fortpflanzung zuständig. Es gab also eine ideologische

Kopplung von Familie und Volk. Wo immer sich die Möglichkeit bietet, wird sich „DIE RECHTE“ daher als Fürsprecher „deutscher“ Familien und insbesondere „deutscher“ Kinder zu gerieren versuchen. Im Umkehrschluss versucht sie, das aus ihrer Sicht „Undeutsche“ und „Widernatürliche“ zu bekämpfen.

Stimmungsmache gegen Homosexuelle

Auch hier knüpft „DIE RECHTE“ an unterschwellige oder offensichtliche gesellschaftliche Ängste und Vorurteile an. Sie will sich damit bewusst von etablierten Parteien (SPD, Grüne, Linke, FDP) absetzen, die sich – in unterschiedlicher Ausprägung – das Thema Gleichberechtigung auf die Fahne geschrieben haben.

Mit der Stimmungsmache steht DR in der Tradition der Nationalsozialisten und heutiger totalitärer Regime.

Die Nationalsozialisten verschärften nicht nur den Strafrechtsparagrafen (§175) gegen Sex zwischen Männern. Sie ermordeten in ihren Konzentrationslagern auch homosexuelle Männer. Daher lebten in der NS-Zeit alle homosexuellen Menschen in Angst und Schrecken. Bedauernswerter Weise werden Homosexuelle in vielen Nicht-EU-Ländern auch heute noch diskriminiert und verfolgt.

In ihrem Kommunalwahlprogramm beklagt „DIE RECHTE“, dass „eine sinkende Geburtenziffer bei einem gleichzeitigen Anstieg von Lebenspartnerschaft-



Mit Veranstaltungen wie dem CSD werben Homosexuelle für Gleichberechtigung und Toleranz.

ten Homosexueller (...) ein alarmierendes Zeichen für den Rückgang herkömmlicher Familien, bestehend aus Mann, Frau und (oftmals zahlreichen) Kindern“ seien.

Sie machen damit Schwule und Lesben zumindest teilweise dafür verantwortlich, dass „durch eine zahlenmäßig immer kleiner werdende deutsche Jugend (...) unser Volk schrittweise ausstirbt“.

Sie behaupten, Homosexuelle würden bevorzugt und unterstellen deutschen Politikern, sie machten die traditionelle Familienplanung zum Auslaufmodell. Die vielfältigen Aktivitäten zur Förderung von Familien blendet „DIE

RECHTE“ völlig aus und behauptet stattdessen zu Unrecht, dass die Stadt nur Projekte fördere, die ausschließlich Homosexuellen zugute kämen.

„DIE RECHTE“ gibt sich pseudo-liberal. Sie verweist darauf, dass sie eigentlich niemanden diskriminieren wolle: „Niemand möchte Menschen aufgrund ihrer sexuellen Hintergründe diskriminieren, ebenso darf es aber kein Vorzugsmerkmal sein, eine Neigung zu vertreten, die zu einer weiteren Senkung der Geburtenziffer führt.“

Hier wird im Gegensatz zu ihrer anfänglichen Behauptung die subtile Diskriminierung der Homosexuellen deutlich.

Das fordert „DIE RECHTE“

5. Kindesmissbrauch frühzeitig entdecken und offenlegen

Hellwach beim Jugendamt! Gegen die Entlassung von gefährlichen Sexstraftätern!

6. Mann und Frau statt Homo-Ehe

Gegen das Adoptionsrecht und die Gleichstellung von Homosexuellen, sowie deren Förderung!

7. Städtische Förderung für Familien und alleinerziehende Väter und Mütter

Finanziell, wie organisatorisch, unter die Arme greifen! Kindergartenplätze oder Müttergehalt, inklusive Rente für alle Deutschen!

13. Keine Geschlechterquoten bei der Stadt Dortmund

Kompetenz entscheidet, nicht das Geschlecht!

Die Kinderschänder-Kampagnen

An Stimmungen anzuknüpfen, sich als „Volkes Stimme“ zu gerieren, gleichzeitig Ängste zu schüren und von solchen Ängsten wiederum zu profitieren: Seit Jahren versuchen Neonazis dies mit lokalen „Kampagnen“ gegen Sexual-Straftäter im Allgemeinen und „Kinderschänder“ im Besonderen. So auch in Dortmund. Häufig wird dies mit der Forderung nach der „Todesstrafe für Kinderschänder“ verknüpft. Ende 2013 fan-

den mehrere „Protest-“ bzw. „Outing-Aktionen“ statt. Ähnliche Aktionen sind erneut zu erwarten, falls sich aktuelle Anknüpfungspunkte finden, seien es aktuelle Berichte über Sexualstraftaten oder Gerichtsverhandlungen. Im Wahlprogramm finden sich dazu die Forderungen: „Kindesmissbrauch frühzeitig entdecken und offen legen – Hellwach beim Jugendamt! Gegen die Entlassung von gefährlichen Sexstraftätern!“



„DIE RECHTE“ und ihre „Familienförderung“

Bewahren oder wiederherstellen will die Partei ein Frauenbild früherer Jahrzehnte. Die Zielrichtung, wie die Rolle der Frau definiert wird, wird im Programm deutlich: „Kindergartenplätze oder Müttergehalt“ lautet eine Forderung im Wahlprogramm von „DIE RECHTE“. Frauen sollen sich demnach um die Familie kümmern. Nichts anderes heißt die Forderung nach einem „Müttergehalt“. Damit steht sie im

rechtsextremen Spektrum nicht allein: Auch der „Ring Nationaler Frauen“ der NPD fordert die Einführung, „um deutschen Männern und Frauen Lust auf Kinder zu machen und (...) die Zukunft aller Deutschen zu sichern“. In ihrem Wahlprogramm kritisiert „DIE RECHTE“, dass zwar „für die Hofierung minderjähriger Asylanten alleine durch das Jugendamt der Stadt Dortmund jährlich ein zweistelliger Millionenbetrag

verprasst“ würde, bei den Kindergärten aber gespart würde. So würden zum Beispiel die Öffnungszeiten der Kitas eingeschränkt. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Mittlerweile werden – je nach Stadtbezirk – sogar deutlich erweiterte Öffnungszeiten von bis zu 60 Wochenstunden angeboten. Die Hilfen für Familien, zum Beispiel das Betreuungsangebot für Unter-Drei-Jährige, wurden massiv ausgebaut.

Das Frauenbild von „DIE RECHTE“

Ein weiterer Beleg für das fragwürdige Frauenbild der Partei „DIE RECHTE“ findet sich in der Forderung nach einem Verzicht von Geschlechterquoten: Sie sehen durch „ausartenden Feminismus“ mittlerweile Männer „massiv beruflich benachteiligt“.

Sie fordern stattdessen eine geschlechterunabhängige Stellenbesetzung – widersprechen sich dann aber sofort wieder selbst: Denn die Partei spricht sich für eine Bevorzugung männlicher Bewerber aus, die biologisch begründet wird. Sie sehen die Frau in der Rolle

als Hausfrau und Mutter, die der deutschen Rasse Nachwuchs schenken soll.

Ihre Reservelisten für die Wahlen zum Stadtrat und zu den Bezirksvertretungen – der einzige Weg, Mandate zu erreichen – unterstreichen das: Hier finden sich ausschließlich Männer. Nur bei den Direktkandidaten zum Rat finden sich auch vier Frauen – neben 36 Männern. Allerdings besteht hier keine Chance auf ein Mandat.

Interessant ist: Sie betonen, dass nicht Quoten, sondern die Qualifikation ent-

scheiden solle. Zumindest mit Blick auf die (Nicht-) Förderung von Frauen. Beim Thema Arbeit generell spielt dies wohl keine Rolle. Hier dürfte nicht die Kompetenz, sondern die Herkunft entscheidend sein.

Allerdings bedient sich DR nur in diesem Punkt nicht der alt-bekannten Formel „Arbeit nur für Deutsche“. Sie findet sich aber an vielen anderen Stellen des Programms: Beispiele: „Rente für alle Deutschen!“, „Deutsche Schüler fördern!“ und „Deutsches Geld für deutsche Interessen!“.

Was tut die Stadt Dortmund?

Sehr viel!

Die Partei „DIE RECHTE“ fordert, Familien und alleinerziehende Väter und Mütter zu unterstützen. Dagegen ist

nichts zu sagen – und daher tut die Stadt Dortmund dies seit langem sehr massiv. Dabei macht die Stadt aller-

dings keinen Unterschied nach Herkunft oder Rasse. Und das ist auch gut so.



Förderung von Familien:



Die Stadt Dortmund hält eine gute Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung vor. Das Angebot wird ständig ausgebaut.

Das Jugendamt Dortmund bietet Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien an. Diese Hilfen sind auf alle familiären Konstellationen ausgerichtet. Ziel ist die Erschließung und Aktivierung eigener Ressourcen der Hilfeempfänger und die unterstützende Begleitung auf dem Weg zu selbstständiger Problembewältigung. Alle Hilfen finden üblicherweise in den Familien und deren Umfeld statt. Sie sind für die Familien i.d.R. kostenlos und werden vom Jugendamt finanziert. Ausnahmen sind ambulante Hilfen im Zwangskontext, wenn der Schutz des Kindes gemäß § 8a SGB VIII sicherzustellen ist.

Inhalte der ambulanten Hilfen sind die Sicherung oder Wiederherstellung der Erziehungsfähigkeit der Familie, die Verbesserung der Situation der/ des Minderjährigen in der Familie, die Schaffung einer stabilen Haushalts- und Wirtschaftsführung, die Klärung

schulischer/ beruflicher Perspektiven einzelner Familienmitglieder, die Hilfe bei der Gesundheitspflege, Ratgeber im Umgang mit Behörden, die Einbindung in sozialräumliche Angebote (Familienzentren, Nachbarschaft etc.), die Rückführung in das familiäre Umfeld nach stationärer Unterbringung und der Kinderschutz – also die ordnungsgemäße Versorgung des Kindes.

Zugänge zu ambulanten Hilfen werden auch im Rahmen des Kinderschutzes über das Netzwerk FRÜHE HILFEN geschaffen. Da in Dortmund das Netzwerk im Rahmen des Kinderschutzes über ein hervorragendes Netzwerk aller Fachkräfte verfügt (Schulen / Krankenhäuser / freie Träger der Jugendhilfe / Kindergärten -bzw. KITAS), werden Informationen über erkennbare Kindesvernachlässigungen unverzüglich an die entsprechenden Fachabteilungen weitergeleitet und Maßnahmen zum Schutz des Kindes eingeleitet.



Kindergartenplätze:

Der Rat der Stadt Dortmund hat im Mai 2011 den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren mit einer Versorgungsquote von 35 % bis 2015 beschlossen.

Die Betreuungsplätze werden in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege geschaffen. Es ergibt sich hier ein Bedarf von insgesamt 5.250 Plätzen, davon 3.675 Plätze in den Kindertageseinrichtungen

und 1.575 Plätze in der Kindertagespflege. Nach den derzeitigen Planungen ist der Ausbau soweit vorangeschritten, dass die Plätze 2015 zur Verfügung stehen werden.

Mit dem Betreuungsausbau wird der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben und der Familienfreundlichkeit Rechnung getragen.

3. Schwerpunkt:

Soziales und Wirtschaft



Auch am 1. Mai 2014 hat die Partei einen traditionellen Gedenktag für ihre Zwecke missbraucht.

An linke oder gewerkschaftliche Forderungen scheint „DIE RECHTE“ anzuknüpfen, wenn sie ein Ende der

„1,50-Euro-Jobs“ und der „Ausbeutung durch Zeit- und Leiharbeitsfirmen“ fordert und verlangt, „Unternehmen,

die Löhne unter den ortsüblichen Tarifverträgen zahlen“, sollten keine Wirtschaftsförderung erhalten.

Der ideologische Kern der Partei offenbart sich aber an anderer Stelle der wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen. So wird etwa ein „Sozialticket für Einkommensschwache“ gefordert – die müssen freilich die richtige Nationalität besitzen, denn weiter heißt es einschränkend: „Allen Deutschen muss eine bezahlbare Nutzung von Bus und Bahn möglich sein!“

Ähnlich verhält es sich mit der proklamierten „Unterstützung für Menschen in Not“, denn verlangt wird in diesem Zusammenhang: „Volksgemeinschaft statt Ellenbogengesellschaft“ - die Gesellschaft müsse solidarischer werden. Zur „Volksgemeinschaft“ rechnen die Neonazis allerdings nur Deutsche. Für hilfsbedürftige Menschen mit Migrationshintergrund soll es diese Solidarität nach Willen von „DIE RECHTE“ natürlich nicht geben.

Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“

Steuersenkungsforderungen sind Gift für den Dortmunder Haushalt

Die Forderung der Partei „DIE RECHTE“, die Grund- und Gewerbesteuer zu senken, ist Gift für den städtischen Haushalt und damit für die kommunale Selbstverwaltung.

Kommunen sind chronisch unterfinanziert. Diese prekäre Haushaltssituation stellt auch die Stadt Dortmund vor große Herausforderungen. Die Stadt versucht daher, Kosten zu senken und Aufgaben zu reduzieren. Allerdings muss sie auch versuchen, mehr Geld einzunehmen. Eine moderate Anhe-

bung der Realsteuern als wichtigste originäre Einnahmequelle der Kommune war in diesem Zusammenhang unumgänglich. So ist die Höhe nach wie vor ein Kriterium bei der Beurteilung von Haushaltssicherungskonzepten.

Insbesondere die Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen ist für eine Gemeinde mit einem hohen Investitionsaufwand verbunden. Obwohl aus der Erhebung einer Steuer kein Anspruch auf eine individuelle Gegenleistung erwächst, stellt die Gewerbesteuer in



Dortmund ist wie alle Kommunen auf Gewerbesteuererträgen angewiesen.

Das fordert „DIE RECHTE“

11. Grund- und Gewerbesteuern senken

Den Wirtschaftsstandort Dortmund stärken, Arbeitsplätze vor Ort schaffen!

12. Deutsches Geld für deutsche Interessen

Bereits jeder vierte Dortmunder lebt in Armut. Stoppt den gesellschaftlichen Niedergang!

15. Perspektive statt Arbeitsamt

Der Massenarbeitslosigkeit entgegenwirken, weg mit „1.50-Euro-Jobs“, sowie der Ausbeutung durch Zeit- und Leiharbeitsfirmen! Keine Wirtschaftsförderung für Unternehmen, die Löhne unter den ortsüblichen Tarifverträgen zahlen.

16. Ein Sozialticket für Einkommensschwache

Allen Deutschen muss eine bezahlbare Nutzung von Bus und Bahn möglich sein!

17. Kostenloses und sicheres Internet für Dortmund

Mit der Zeit gehen, um Informationsfreiheit zu gewährleisten und den technischen Fortschritt zu fördern!

18. Volksgemeinschaft statt Elitenbogensgesellschaft

Ehrenamtliche Tätigkeiten fördern, gemeinsam für Dortmund handeln! Unterstützung für Menschen in Not!

20. Keine weitere Geldverschwendung für Prestigeprojekte

U-Turm, Phoenix-See, DFB-Museum sind mahnende Beispiele für Fehlinvestitionen. Solange es Familien in Dortmund gibt, die auf staatliche Hilfen angewiesen sind und nicht genug zum Leben haben, muss die Verschwendung von Steuergeldern gestoppt werden!

gewisser Weise ein Äquivalent für die infrastrukturelle Vorleistung einer Stadt dar. Die standortspezifischen Kosten zur Ansiedlung von Unternehmen werden somit indirekt verursachergerecht umgelegt.

Verluste durch Steuersenkungen müssten zwangsläufig durch andere Einnahmearten kompensiert werden. Dies birgt die Gefahr einer Lastenverschiebung von der Wirtschaft hin zu den Bürgern. Die Steuerkraft zur Grund- und Gewerbesteuer wird darüber hinaus im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs berücksichtigt. Schöpft man die eigene Steuerkraft nicht hinreichend ab, schmälert das die Schlüsselzuweisungen des Landes mit der Folge, dass weitere finanzielle Verluste eintreten.

Die Diskussionen um eine Abschaffung der Gewerbesteuer haben gezeigt, dass die angedachten Alternativmodelle kein geeigneter Ersatz sind. Die Gemeindefinanzkommission hat daher bereits 2011 entsprechende Überlegungen verworfen und ebenfalls für den Erhalt der Gewerbesteuer plädiert. Der Deutsche Städtetag fordert darüber hinaus, sie durch eine Einbeziehung der freien Berufe und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu stabilisieren.

Erfolge beim Strukturwandel und Weltoffenheit in Dortmund

Dortmund hatte als Industriestandort mit Problemen zu kämpfen. Der Niedergang der großen Branchen Kohle, Stahl und Bierbraukunst hat Probleme hinterlassen.

Dies ging einher mit einem Strukturwandel, der dies sicher nur teilweise kompensieren konnte, aber dennoch besser gelungen ist als in vielen anderen Städten.

Die Stadt ist durch engagierte Menschen zu einer dynamischen Stadtgesellschaft aus aktiven, begeisterten und weltoffenen Dortmunderinnen und Dortmundern geworden. Viele dieser Menschen kamen aus dem Ausland - diese Tradition reicht hunderte Jahre zurück.

Dortmund ist eine internationale Stadt mit gutem Ruf mitten in Europa. Die demokratischen Dortmunderinnen und Dortmunder sind sich – bei allen Herausforderungen unserer Zeit – dieser Tatsache bewusst und achten die Werte der europäischen Gemeinschaft, die ein Raum von Freiheit und Toleranz sein will.

Nach Merkmalen wie Nationalität, Ethnie, Religion, Geschlecht oder Alter zu unterscheiden ist nicht der Dortmunder Ansatz.

Seine Bewohnerinnen und Bewohner stehen vielmehr für Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit, Menschenrechte und Solidarität.

Sie wissen, dass in ihrer Stadt Menschen leben, die so vielfältig sind, wie die Stadt selbst.

Sie wissen, dass darunter auch solche sind, die aufgrund unterschiedlichster Beweggründe – z.B. wegen ihrer politischen Überzeugung, Religion, Geschlecht oder Ethnie – in ihren Herkunftsländern in Gefahr waren und von dort hierher in Sicherheit geflohen sind und dass nicht nur die Grundrechte der EU und unser Grundgesetz das Recht aller hier lebenden Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit sichern, sondern auch unser eigenes Leitbild hier in Dortmund das sozialpolitische Ziel formuliert, allen Menschen, die sich einbringen wollen, gute Teilhabebedingungen zu sichern.

Das Münsterstraßenfest ist Herzstück der „Internationalen Woche“ in Dortmund.





Die vielfältigen Quartiersaktionen in der Nordstadt leben vom Engagement der Menschen und werden durch das Programm „Soziale Stadt“ finanziert.

Dortmunds Antwort auf die Umbrüche: „Die soziale Stadt“

Dortmund hat den Strukturwandel in vielfältiger Weise sehr gut gemeistert und dabei „das Soziale“ nie aus den Augen verloren. Anders als andere Städte in der Region, musste die Axt nicht an die soziale Infrastruktur angelegt werden – auch wenn, bedingt durch die Haushaltszwänge, nicht immer all das getan werden konnte, was wünschenswert gewesen wäre. Ein wichtiges Instrument ist der Aktionsplan

„Soziale Stadt“. Trotz der Unterschiede zwischen den 13 definierten Aktionsräumen haben sich bei den Workshops und Bürgerforen drei Schwerpunktthemen herauskristallisiert: Arbeit und Beschäftigung im Quartier, Eltern und Kinder stärken – Kinderarmut bekämpfen, sowie den sozialen Zusammenhalt im Quartier zu stärken. Die Stadt kann die Einkommenssituation der Menschen nicht ändern, aber etwas für die

Teilhabemöglichkeiten der Betroffenen tun. Seit der Einrichtung des Projektbüros vor vier Jahren wurden durch den Aktionsplan „Soziale Stadt“ weit über 200 Projekte in den Aktionsräumen gefördert, die überwiegend aus Ideen und dem Engagement der Menschen vor Ort entstanden sind. Dortmund fördert im Jahr 2014 mit rund zehn Millionen Euro die am stärksten betroffenen Stadtteile.

Gesellschaftliche Gegensätze haben sich verschärft

Trotz dieser Anstrengungen – und das ist ein bundesweites Phänomen – haben sich die Gegensätze verschärft und die Tendenz zum Abhängen von Bevölkerungsgruppen und Stadtteilen hält an.

Deshalb ist es wichtig, dass nicht nachgelassen wird und der Aktionsplan „Soziale Stadt“ weiterentwickelt wird. Es gibt eine bundesweite Flut von Ana-

lysen, die sich mal mit Armutsgefährdung und mal mit der sozialen Lage insgesamt im Städtevergleich beschäftigen.

Dortmund hat in diesen Studien in der Regel nicht gut abgeschnitten. Jedoch wurden dabei oftmals Äpfel mit Birnen verglichen. Ohne die Ergebnisse der aktuellen Veröffentlichungen zum Armutsrisiko in Deutschland bagatelli-

sieren zu wollen, ist allerdings festzustellen, dass sich die realen Lebensverhältnisse in den Kommunen über diese Analysen nicht ausreichend abbilden lassen.

Es sind Bundeszahlen – und die berücksichtigen die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten nicht. So fehlt die Darstellung der sehr unterschiedlichen Lebenshaltungskosten.



Im Vergleich mit anderen Großstädten ist das Wohnen in Dortmund auch für Familien vergleichsweise günstig möglich.

Wohnen ist in Dortmund auch für Einkommensschwächere möglich

Nehmen wir alleine die Mietkosten. Dortmund ist hier sehr günstig, in anderen Städten muss mehr als das Doppelte gezahlt werden.

Vor kurzem hat die Bertelsmann Stiftung eine Studie zum Wohnungsangebot vorgelegt. Die Mietbelastung für

Familien ist in Dortmund vergleichsweise gering. In Städten wie zum Beispiel München kann die normal verdienende Familie sich kaum eine Wohnung in der Stadt leisten.

Eine armutsgefährdete Person in Dortmund hat wegen des niedrigen Miet-

niveaus und der recht günstigen Kosten des Lebensunterhaltes ein besseres Auskommen als zum Beispiel eine Person in München oder entlang der Rheinschiene, die mit ihrem Einkommen über der Armutsgefährdungsgrenze liegt.

Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit in Dortmund geht weiter

Ein Schwerpunkt wird auch im Jahr 2014 die Wahrung der sozialen Balance und der Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit in Dortmund sein. Dabei steht die Stadt Dortmund immer wieder vor neuen Aufgaben. Eine ist die Zuwanderung aus Süd-Ost-Europa.

Die Menschen, die nach Dortmund oder in andere deutsche Städte kommen, werden zu großen Teilen dort

bleiben. Sie möchten ihre Lebensperspektive und die ihrer Kinder verbessern. Zu ihrer Integration gibt es keine Alternative. Aber die Integration eines Teils dieser Menschen, die als Analphabeten oder niedrig Qualifizierte kommen, bedarf großer finanzieller und personeller Anstrengungen.

Das können die Kommunen ohne angemessene Hilfe nicht leisten und da

dürfen Bund und EU die Städte nicht alleine lassen.

Denn die vielen positiven Entwicklungen in Zusammenhang mit der Bewältigung des Strukturwandels dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Problem der Arbeitslosigkeit vieler Menschen in Dortmund nicht gelöst ist. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit braucht Dortmund u.a.

einen dauerhaft öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarkt.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Kampf für Arbeit mit einem auskömmlichen Lohn sind wesentlich zur Beseitigung von Armut und Armutsgefährdung. Die Einführung eines Mindestlohns ist dringend erforderlich, damit nicht Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Daher könnte Dortmund wie alle anderen Kommunen sehr von diesem auf Bundesebene für das Jahr 2015 vorgesehene Gesetz profitieren.



Das Sozialkaufhaus ist Teil der sozialen Infrastruktur und gleichzeitig Qualifizierungsprojekt.

Das Sozialticket für Einkommensschwache gibt es!

Die Partei „DIE RECHTE“ zählt zu den „Errungenschaften der Dortmunder Lokalpolitiker von CDU und SPD (...) die Abschaffung eines bezahlbaren Sozialtickets“.

Allerdings handelte es sich dabei nur um ein Dortmunder Modellprojekt, welches es bis zur Einführung des VRR-weiten Tickets gab. Dieses vergleichsweise günstige Ticket musste von der Stadt massiv bezuschusst werden: Kunden zahlten zur Einführung im Jahr 2008 einen Eigenanteil von 15 Euro – die Differenz zum Kaufpreis von 48,90 Euro musste die Stadt tragen. Allein für den Zeitraum von Februar 2008 bis Januar 2010 wurden über 13 Millionen Euro aus dem Stadtsäckel zugesprochen.

Seit dem 1. Januar 2013 bietet der Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) ein verbundweites Sozialticket für bedürftige Menschen unter dem Namen „Mein Ticket“ an. Die Anspruchsberechtigung für den Erwerb des VRR Sozialtickets ist von der jeweils zuständigen Sozialleistungsbehörde durch einen „Berechtigtenausweis“ zu bestätigen.



Bezahlbarer ÖPNV ist ein wichtiges Thema - für alle Parteien.

Der monatliche Preis für das Sozialticket beträgt 29,90 Euro. Das Sozialticket kann – anders als von der Partei „DIE RECHTE“ behauptet – ganztägig genutzt werden. Montags bis freitags ist zudem ab 19 Uhr, an Wochenenden, gesetzlichen Feiertagen sowie am 24. 12. und 31. 12. die Mitnahme von bis zu drei Kindern unter 15 Jahren im

gewählten Geltungsbereich möglich. Allerdings gibt es aus vielen demokratischen Parteien kritische Stimmen: Angesichts der schleppenden Nachfrage fordern Landes-Politiker eine Analyse des Problems und sind an einer positiven Weiterentwicklung interessiert. Es tut sich also was – auch ohne die Partei „DIE RECHTE“.



Sind „Prestigeobjekte“ wirklich „Geldverschwendung“?

Nein, sie sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit und wichtige Standortfaktoren!

Wirtschaftswissenschaftler sehen positive Wirkungen durch den Betrieb attraktiver Kulturbauten und Stadtteilprojekte, z.B. den Phoenixsee, das Dortmunder U oder das kommende Deutsche Fußballmuseum: Sie unterstreichen immer wieder die ökonomische Bedeutung dieser Projekte für den Tourismus und die Attraktivität einer Stadt insgesamt. Über die Umweg-Rentabilität dieser Kultureinrichtungen profitieren Einzelhandel, die Hotels und Gaststätten sowie die verwandten Dienstleistungen in der Stadt.

Ganz abgesehen davon ist das Dortmunder U innerhalb kürzester Zeit zu

dem neuen überregionalen Wahrzeichen für Dortmund geworden. Es hat sich zu einem kulturellen Anziehungspunkt weit über die Grenzen der Stadt hinaus entwickelt.

Zudem gab es nicht nur im Baugewerbe auch unmittelbare Beschäftigungseffekte: Im U haben mittlerweile weit über 100 Menschen einen Arbeitsplatz gefunden. Für das Fußballmuseum sind mindestens vergleichbare positive Einflüsse für Tourismus, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu erwarten. Dortmund als Oberzentrum für die Region braucht attraktive Kulturangebote, denn auch diese sind wichtige Fak-

toren für die Anziehungskraft der Stadt im Umland.

Insofern sind die vielgescholtenen „Prestige-Projekte“ in Wahrheit gewinnbringende Standortfaktoren für eine Stadt wie Dortmund, die den Strukturwandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft zu bewältigen hat.

Dass diese Projekte auch von vielen Dortmunderinnen und Dortmundern durchaus intensiv genutzt werden, ist ein weiteres Argument gegen die Behauptung, hier würden Steuergelder verschwendet und Fehlinvestitionen in die Welt gesetzt.

Kostenloses und sicheres Internet für Dortmund?

Die Partei „DIE RECHTE“ fordert, stadtweit ein für jedermann anonym und kostenlos nutzbares W-LAN-Netz zu etablieren. Sie behauptet, dass dies vergleichsweise günstig wäre – im Vergleich zu anderen „Prestigeobjekten“. Dabei geht die Partei weder genau auf die Finanzierung noch auf die rechtlichen Rahmenbedingungen ein.

Die Stadt Dortmund selbst betreibt kein offenes WLAN. Sie verfügt letztlich auch nur über einen angemieteten Internetzugang mit limitierter Bandbreite und könnte potenziell benötigte Bandbreiten niemals zur Verfügung stellen. Eine stadtweite Versorgung würde sicherlich Investitionen im siebenstelligen Bereich bedeuten – bei keiner zu erkennenden Refinanzierbarkeit.

Es dürfte schwer fallen, den Bürgern der Stadt Dortmund klar zu machen, dass aufgrund knapper Kassen viele Einschränkungen im sozialen und kulturellen Umfeld in Kauf genommen werden müssen, andererseits



ein Projekt mit nicht unerheblichem personellen und finanziellen Aufwand betrieben wird, dessen nachhaltiger Nutzen für die gesamte Bürgerschaft nicht zwingend erkennbar ist. Zudem ist bei dem potenziellen Nutzerkreis auch zu berücksichtigen, dass Smartphone- und Tabletbesitzer bereits heute in nicht geringen Umfang über Datenflatrates verfügen, die einen un-

eingeschränkten und schnellen Internetzugriff ermöglichen.

Fakt ist: Es besteht keine Verpflichtung einer Kommune, ihr Stadtgebiet mit kostenlosem Internetzugang auszustatten, ebenso wenig wie mit kostenlosem Zugang zu Telefonie. Weltweit regelt der Markt – bei derzeit weiter sinkenden Preisen – hier Angebot und Nachfrage.

Dortmund ist solidarisch und hilfsbereit



Eine Vielzahl von Dortmunderinnen und Dortmundern – unabhängig von ihrer Nationalität – sind freiwillig und unentgeltlich im Einsatz für ihre Mitmenschen.

Die Stadt unterstützt diese Aktivitäten auf vielfältige Weise. Eine ist die Unterstützung der Gründung der Freiwilligen-Agentur im Februar 2003.

Die Agentur baut Brücken zwischen engagierten Menschen und gemein-

nützigen Organisationen. Weit über 300 Organisationen sind in der Datenbank der Freiwilligen-Agentur.

Sich freiwillig in sozialen, kulturellen und politischen Bereichen zu engagieren, bedeutet für viele Menschen eine Bereicherung der persönlichen Lebensgestaltung: Deshalb möchte die Agentur bürgerschaftliches Engagement als Ausdruck für Aktivität, Selbstbewusstsein, Beteiligung und Mitbestimmung in Dortmund prägen und

weiter voran bringen. Mehr als 3000 Menschen sind bereits registriert. Besonders in den sozialen Bereichen, wie Betreuung, Bildung und Beratung gibt es eine große Nachfrage.

Die Spanne reicht von nachbarschaftlicher Hilfe und Unterstützung über soziale und gesundheitliche Aufgaben bis zu Aktivitäten in Kultureinrichtungen, in Stadtentwicklung und Umweltschutz, im Sport, im Zivil- und Katastrophenschutz etc.

Schule und Bildung

Das fordert „DIE RECHTE“

8. Keine weiteren Schulschließungen

Räumliche Nähe garantieren!

9. Für mehr Jugendzentren und Treffpunkte

Fördern statt vertreiben. Für eine qualifizierte Betreuung junger Menschen!

10. Bildung statt Integration

Deutsche Schüler fördern und nicht an Einwanderer mit Lerndefiziten angleichen!

Die Partei „DIE RECHTE“ denkt auch hier schwarz-weiß.

So werden Dinge zusammen gebracht, die nicht zusammen gehören.

Oder es werden Forderungen erhoben, die von wenig bis keiner Sachkenntnis zeugen – so wie beispielsweise bei den Themen „Schulschließung“ oder Integration.

Stadt trägt verändertem Eltern- und Schülerwillen Rechnung

Bildung genießt in Dortmund als Schlüssel für die Zukunftsentwicklung der Stadt einen hohen Stellenwert.

Der Oberbürgermeister hat deshalb eine Bildungskommission einberufen, in der Personen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Bildungsinstitutionen und Zivilgesellschaft seit vielen Jahren aktiv mitwirken.

Als Schulstadt hat Dortmund eine lange Tradition. Den Bürgern der Stadt wird ein leistungsfähiges und vielfältiges Schulangebot gemacht. In den letzten zehn Jahren sind mehr als 500 Millionen Euro in Schulbau, Schulsanierung und Ausstattung investiert worden.

Das Unterstützungssystem für die Dortmunder Schulen konnte erheblich ausgebaut werden. Schulbegleitende Hilfen, Schulsozialarbeit (sie ist in Dortmund bis Sommer 2015 gesichert), schulpsychologische Beratung, Schul-

entwicklungsprojekte sowie Berufsorientierung sind integrierte Bestandteile der Dortmunder Schullandschaft.

Der 2. kommunale Bildungsbericht der Stadt Dortmund zeigt sehr positive Entwicklungen auf im Bereich der Übergänge und Anschlüsse entlang der Bildungsbiografie.

Der demographische Wandel hat auch in Dortmund in den letzten Jahren einen beträchtlichen Schülerrückgang zur Folge gehabt. Gleichzeitig hat sich das Bildungsbewusstsein von Eltern verändert.

Sie streben die bestmöglichen Schulabschlüsse für ihre Kinder an und wählen nach der Grundschule bevorzugt eine weiterführende Schule mit Abituroption, entweder das Gymnasium oder die Gesamtschule.

Dies hat dazu geführt, dass die Nachfrage nach Hauptschulplätzen in den vergangenen Jahren deutlich nachgelas-

sen hat, so dass die nach dem Schulgesetz erforderlichen Mindestgrößen nicht mehr gegeben waren. Dies führte zur Aufgabe einiger Hauptschulstandorte.

Insgesamt ist die Schullandschaft in Dortmund ausgesprochen stabil aufgestellt. Im Grundschulbereich verzeichnen alle Schulen stabile Anmeldezahlen.

Grundschulschließungen sind aktuell kein Thema in Dortmund. Im Bereich der weiterführenden Schulen kann jedes Kind einen Platz in der Schulform seiner Wahl in erreichbarer Nähe erhalten.

Gymnasien, Gesamtschulen und Realschulen in Dortmund verfügen ebenfalls über gute Anmeldequoten, so dass Schulschließungen in absehbarer Zeit nicht anstehen.

Auch die neue Sekundarschule erfreut sich einer guten Nachfrage.

Jugendförderung ist elementarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur



Die Erlebniswelt Fredenbaum ist ein Leuchtturm in der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche.

Die Partei „DIE RECHTE“ fordert mehr Jugendzentren und Treffpunkte. Eine Forderung, gegen die man nichts haben kann. Zumindest dann, wenn man sich nicht mit der Ist-Situation auseinandergesetzt hat.

Derzeit unterhält die Kinder- und Jugendförderung des Jugendamtes der Stadt Dortmund schon 36 Einrichtungen (19 Jugendfreizeitstätten, Abenteuerspielplätze und 17 offene Kinder- und Jugendtreffs) im Stadtgebiet.

Hinzu kommen weitere 49 Einrichtungen in freien Trägerschaften, die durch die Stadt mitfinanziert werden. Damit ist die städtische Kinder- und Jugendförderung ein wichtiger und verlässlicher Bestandteil der sozialen Infrastruktur in Dortmund. Sie hat die Aufgabe, durch Angebote die individu-

elle, soziale und kulturelle Entwicklung junger Menschen unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse zu fördern. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind neben der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die Beteiligung von Heranwachsenden, die politische und soziale Bildung, schulbezogene Jugendarbeit, Kinder- und Jugendkulturarbeit, sportliche und gesundheitsorientierte Angebote, medienbezogene Jugendarbeit, interkulturelle und internationale Jugendarbeit sowie geschlechtsdifferenzierte Angebote für Mädchen und Jungen.

Die Kinder- und Jugendförderung betreibt neben den Angeboten in den Stadtbezirken, auch große stadtweite Einrichtungen, wie das Fritz-Henßler-Haus (FHH) und die Erlebniswelt Fredenbaum mit dem „Big Tipi“ und macht

hier vielfältige Angebote im Bereich Freizeit, Kultur, Sport und Medien. Die Einrichtungen bieten insbesondere offene Treffmöglichkeiten im außerschulischen und außerfamiliären Bereich an. Sie sind Zentren der Persönlichkeitsentwicklung.

Ziel ist es, die Entwicklung junger Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu fördern. Ihnen werden Freiräume zu einer selbst gestalteten Freizeit und Angebote zur Lebensplanung gemacht und Räume zur Selbstorganisation zur Verfügung gestellt.

Alle Angebote sind freiwillig und wel-tanschaulich offen. In der Vielzahl und Vielschichtigkeit der Angebote hebt sich Dortmund im Vergleich zu anderen Kommunen dieser Größe hervor.

Integration ist der Schlüssel zu einer besseren Bildung



Bildung ist der Schlüssel zur Integration und damit auch für eine gute Zukunft.

Niemand hat etwas dagegen, deutsche Schüler zu fördern. Ganz im Gegenteil: Die verstärkte Förderung aller Schülerinnen und Schüler sollte den Politikern am Herzen liegen. Doch bedeutet eine verstärkte Integration von ausländischen Kindern gleich eine Benachteiligung von deutschen Schülerinnen und Schülern? Nein!

Gut durchgeführte Integration hat keinen negativen Einfluss auf deutsche Schülerinnen und Schüler. Dies gilt für

das Thema Integration von nicht deutschen Schülern wie auch für die Inklusion, also das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung. Die entscheidende Frage ist nur die Ausgestaltung. Dabei kann man allerdings auch Fehler machen.

Richtig ist, dass Zuwanderer häufig Unterstützungsangebote brauchen, was meist in der Sprachkompetenz bezüglich der Zweitsprache begründet liegt, in Teilen aber auch mit dem unterschiedlichen Schulsystem ihrer Herkunftsländer zu tun hat. Diese Unterstützung können nicht nur die Lehrkräfte, sondern auch die guten deutschen Schülerinnen und Schüler leisten. Dies fördert auch sie beim Lernen oder Fortkommen, betonen die Bildungsexperten des Kommunalen Integrationszentrums Mia-Do-Ki.

Denn dadurch, dass leistungsstärkere Kinder und Jugendliche leistungsschwächeren Mitschülern die Themen

erklären und vermitteln, verbessern sich deren soziale Kompetenzen. Ganz abgesehen davon, dass auch die deutschen Kinder dabei das Erlernte viel besser durchdringen.

Sie sammeln nicht nur oberflächlich Fakten und Wissen, sondern setzen sich mit dem Stoff aktiv auseinander, um ihn anderen zu vermitteln. Lernpsychologisch gilt es als bewiesen, dass eine solche aktive Auseinandersetzung mit Unterrichtsinhalten ein nachhaltiges Lernen ermöglicht. Selbstverständlich darf dabei die zusätzliche Förderung von begabten Kindern jeglicher Herkunft nicht zu kurz kommen.

Ganz nebenbei bemerkt: Kinder, die ihre Muttersprache gut beherrschen und auch zu Hause sprechen, lernen eine weitere Sprache schneller und besser als die Kinder, die in ihrem privaten Umfeld nur gebrochen oder schlecht gesprochenes Deutsch zu hören bekommen.

5. Schwerpunkt:

Populismus gegen Demokraten



Demokraten geraten immer häufiger in das Visier der Neonazis.

An populistische Sprüche gegen Politik und Politiker anknüpfen will die Partei „DIE RECHTE“ mit Parolen wie „Schluss mit der Korruption“, „Stoppt den Parteienfilz“, „Kompetenz statt Parteibuch“ oder „Keine weitere Geldverschwendung für Prestigeprojekte“.

Eine Dortmund-spezifische Besonderheit ist die „Forderung“ zum Thema Sport. Unter der Überschrift „Fußballstadt Dortmund leben“ wird verlangt,

Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“

„ein politisches Signal für Pyrotechnik und die Rechte der Stadionbesucher“ zu setzen. Diesem Thema widmen wir einen eigenen Schwerpunkt. An mehreren Stellen ihres Wahlprogramms macht DR gegen demokratische Poli-

kerinnen und Politiker Stimmung. Daher erscheint es nicht ausgeschlossen, dass es vor dem Wahltag verstärkt Aktionen gegen Politiker oder Veranstaltungen anderer Parteien geben könnte, ähnlich den vorweihnachtlichen

Kundgebungen der Jahre 2012 und 2013 oder den Versuchen, Auftritte von OB Sierau oder des mittlerweile nach Düsseldorf gewechselten Polizeipräsidenten Wesseler zu stören.

Das fordert „DIE RECHTE“

14. Schluss mit der Korruption

Keine Doppelbesetzung von Aufsichtsräten und politischen Ämtern in Dortmund! Stoppt den Parteienfilz!

19. Politiker müssen mit dem persönlichen Vermögen haften

Entscheidungsträger müssen die Folgen ihrer Misswirtschaft spüren und dürfen die Schuld nicht länger auf den Steuerzahler abwälzen!

22. Kompetenz statt Parteibuch

Der Posten des Polizeipräsidenten und andere Funktionsträger sollten nach ihren Fähigkeiten besetzt werden, nicht nach politischer Herkunft!

24. Weg mit dem Rauchverbot und der Sperrstunde

Kneipenkultur erhalten! Bürokratische Schikanen kippen, Selbstbestimmung für Gastwirte und ihre Kundschaft!

Bei ihren „konkreten“ Forderungen im Wahlprogramm bleibt „DIE RECHTE“ genauso abstrakt wie unverbindlich. Weder bringt sie Belege dafür, was „die Folgen ihrer Misswirtschaft“ der Dortmunder

Entscheidungsträger sein könnten, für die DR sie persönlich haftbar machen möchte oder wie sie sich die Besetzung von Aufsichtsräten und politischen Ämtern vorstellt.

Was bedeutet die persönliche Haftung der Ratsmitglieder konkret?

Schon bislang gibt es eine Haftung. Die rechtliche Situation ist im § 43 Abs. 4 der Gemeindeordnung NRW (Rechte und Pflichten der Ratsmitglieder) geregelt:

- (4) Erleidet die Gemeinde infolge eines Beschlusses des Rates einen Schaden, so haften die Ratsmitglieder, wenn sie
- a) in vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung ihrer Pflicht gehandelt haben,
 - b) bei der Beschlussfassung mitgewirkt haben, obwohl sie nach dem Gesetz hiervon ausgeschlossen waren und ihnen der Ausschlussgrund bekannt war,
 - c) der Bewilligung von Aufwendungen und Auszahlungen zugestimmt haben, für die das Gesetz oder die Haushaltssatzung eine Ermächtigung nicht vorsieht, wenn nicht gleichzeitig Deckungsmittel bereitgestellt werden.

Über die Folgen einer persönlichen Haftung der Ratsmitglieder mit ihrem Privatvermögen kann man nur spekulieren. Zu vermuten ist, dass dann kaum noch jemand bereit wäre, dieses Ehrenamt auszuüben. Dies würde für die Demokratie sehr negative Folgen

haben. Ganz abgesehen davon: Auch die Mitglieder der Partei „DIE RECHTE“ müssten dann – sofern überhaupt Vermögen vorhanden – damit haften.

Sie könnten dann, sollten beispielsweise ihre Forderungen im Wahlprogramm realisiert werden, auch dafür haftbar gemacht werden.

Allein der Vorschlag zur Einführung eines kostenlosen stadtweiten Internets würde die Stadt Millionen kosten und herbe Verluste bei Stadttöchtern bescheren (siehe Wirtschaft und Soziales). Dafür müssten sie dann – ihrer eigenen Logik folgend – ebenfalls persönlich haften.

Keine Häufung von Aufsichtsratsmandaten? Populismus pur!



Viele Mandate sind dem OB sogar per Gesetz vorgeschrieben.

Die Forderungen von „DIE RECHTE“ sind von keiner Sachkenntnis getrübt:

Sie beklagen, dass Dortmunds OB Ullrich Sierau gleichzeitig in den Vorständen und Aufsichtsräten diverser Unternehmen, insbesondere auch im Energiesektor, sei – damit werde of-

fensichtlich deutlich, wie schwer die Verstrickungen zwischen Wirtschaft und Politik wögen – und nennen dies in einem Atemzug mit dem Thema Korruption. Dabei sind ihm diese Mandate teils sogar gesetzlich vorgeschrieben – im Interesse der Stadt.

Gemäß § 113 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde beteiligt ist. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der OB bzw. der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazu zählen. Darüber hinaus ist für die Besetzung des Sparkassenverwaltungsrates das Sparkassengesetz einschlägig.

Auf diesem Weg stellt der Gesetzgeber sicher, dass die Kommune in den Gesellschaften, an denen sie beteiligt ist, entsprechenden Einfluss geltend machen kann. Eine „Doppelbesetzung von Aufsichtsräten und politischen

Ämtern“ ist also nicht einfach nur opportun oder „Postengeschacher“, sondern notwendig und eben per Gesetz legitimiert bzw. vorgeschrieben.

Im übrigen sind die Mandatsträger ehrenamtlich tätig. Sofern sie unabhängig vom Ratsmandat Mitglied in einem Aufsichtsrat o.ä. sind, gilt für Beschlussfassungen in den politischen Gremien des Rates der Stadt das Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO NRW.

Übrigens: Der Staat ist – auch ohne die Forderung der Partei „DIE RECHTE“ – gerade auch auf diesem Feld aktiv: Das neue Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung geht auch härter gegen korrupte Kommunalpolitiker vor.

Den bundesweit rund 100.000 Stadt- und Gemeinderäten und Kreistagsabgeordneten droht künftig Haft bis zu fünf Jahren, wenn sie sich bei Entscheidungen durch „ungerechtfertigte Vorteile“ beeinflussen lassen und dann im Auftrag der Bestechenden oder auf deren Weisungen handeln. Der Bundesrat hat im März 2014 der Gesetzesverschärfung zugestimmt.

Stimmungs-Mache statt Kommunalpolitik

Wie bei anderen Themen auch, versuchen die Rechtsextremen sich als „Stimme des Volkes“ darzustellen. Daher haben sie sich auch die Abschaffung der Sperrstunde und vor allem die Abschaffung des Rauchverbots auf die Fahnen geschrieben.

Klar ist: In einem Kommunalwahlprogramm hat diese Forderung nichts zu suchen: Es handelt sich um eine gesetzliche

Regelung, die auf anderen politischen Ebenen entschieden wird.

Entscheidend für diese Themen ist es, dass „DIE RECHTE“ etablierten Parteien – in diesem Fall der rot-grünen Landesregierung – Kontra geben will. Sie lässt daher (fast) kein Thema und keine populistische Forderung aus.

Kompetenz ist immer ein Kriterium

„DIE RECHTE“ fordert in ihrem Kommunalwahlprogramm, Spitzenämter wie die Stelle des Polizeipräsidenten nach Kompetenz und nicht nach Parteibuch zu besetzen.

Eine Forderung, die zumindest mit Bezug auf die Polizei in einem Kommunalwahlprogramm nichts zu suchen hat. Besetzt wird diese Position durch eine Entscheidung der Landesregierung, bei der die Kompetenz der berufenen Person mit Sicherheit ein entscheidender Faktor ist.

Die Nachfolge von Norbert Wessler ist mittlerweile klar: Der Dortmunder Gregor Lange ist neuer Polizeipräsident in seiner Heimatstadt.

Das hat die Landesregierung beschlossen. „Als Dortmunder kennt Gregor Lange die Stärken und die Herausforderungen der Ruhrgebietsmetropole“, erklärte Innenminister Jäger. Außerdem dürfte sein Auftrag der Partei



Der neue Dortmunder Polizeipräsident Gregor Lange setzt die konsequente Linie seines Vorgängers gegen Rechtsextremismus fort.

„DIE RECHTE“ wenig gefallen: „Der zukünftige Dortmunder Polizeipräsident wird den eingeschlagenen Kurs seines Vorgängers gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Einbruchskriminalität konsequent fortsetzen.“ Als langjähriger Referent im NRW-In-

nenministerium hat Lange im Bereich des politischen Extremismus wichtige Erkenntnisse gesammelt. „Er zeichnet sich durch große Erfahrungen in verschiedenen Leitungsfunktionen der Landesverwaltung aus“, sagte der NRW-Innenminister.



Plakat in einer Dortmunder Kneipe.



Die Faktenlage zum Rauchverbot

Der Landesgesetzgeber hat mit der Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes zum 1. Mai 2013 in Gaststätten ein umfassendes Rauchverbot ohne Ausnahmetatbestände eingeführt.

Für die Kommunen bestehen angesichts der eindeutigen Rechtslage keine Handlungsspielräume.

Daher macht die Forderung in einem Kommunalwahlprogramm auch keinen Sinn. Sie hat einzig und allein die Funktion, Stimmung zu machen.



Die Faktenlage zur Sperrstunde

Die Sperrzeit dient dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere dem Schutz der Nachtruhe und der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs.

Anfang 2011 wurde im **Einvernehmen** mit den Betreibern die Sperrzeit für Clubs und Diskotheken auf 6 bis 8 Uhr festgelegt.

Damit für die Nachtschwärmer ein deutlicher Anreiz zur Heimfahrt geschaffen wird. Szenarien wie etwa in

Düsseldorf, wo die Sperrzeit in der Altstadt komplett aufgehoben wurde, aber an jedem Wochenende Einsatzhundertschaften zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit benötigt werden, sind für Dortmund – aus Sicht von Stadtspitze und Polizei – nicht erstrebenswert.

Die Einführung der Sperrzeit von 6 bis 8 Uhr hat sich deutlich positiv auf die Sicherheitslage in der Innenstadt ausgewirkt.

6. Schwerpunkt:

Fussball

Aus Neonazisicht liegt der Versuch nahe, in einer Stadt wie Dortmund, die Fußball lebt wie keine andere Stadt, insbesondere mit diesem Thema punkten zu wollen.

Das fordert „DIE RECHTE“

23. Fußballstadt Dortmund leben

Emotionen respektieren, ein politisches Signal für Pyrotechnik und die Rechte der Stadionbesucher setzen! Keine Stadionverbote und andere Schikanen bei Spielen der Borussia!

Fußball als Ausweg aus der eigenen Isolation

Spitzenkandidat Siegfried Borchardt wollte mit dem Slogan „Von der Südttribüne ins Rathaus“ und unter Verwendung der Vereinsfarben des BVB für sich werben. Er werde im Stadtparlament „nicht zuletzt die Belange der deutschen Dortmunder Anhänger aufgreifen“, kündigte „DIE RECHTE“ an.

Neben Borchardt weist ein weiterer Kandidat in seiner Vorstellung ausdrücklich darauf hin, dass er sich als

Fan der Borussia fühlt. Im „Wahlprogramm“ findet sich ein Passus zur Fan- kultur. Aktionen im Zusammenhang mit Stadion und/oder Verein sind von hoher Schlagzeilenträchtigkeit in regionalen wie überregionalen Medien. Stadien schließlich dienen Neonazis seit mehr als drei Jahrzehnten als Ort, wo sie Nachwuchs rekrutieren wollen.

Um die eigene Isolation wissend, versuchen die Akteure von „DIE RECHTE“

praktisch seit Gründung ihres Kreisverbands, sich quasi zum Fürsprecher von Ultras zu machen, etwa wenn Polizeieinsätze kritisiert und die Kommerzialisierung des Fußballs beklagt werden oder der Einsatz von Pyrotechnik im Stadion legitimiert werden soll.

Besonders ausgeprägt sind die Sympathien für solche Fangruppierungen, die sich in der Vergangenheit als empfänglich für rechte Parolen und als offen

für Mitglieder aus der Szene erwiesen haben. So titelte etwa ihr Internet-Organ nach schweren Ausschreitungen in Köln, an denen Kölner, Schalcker und Dortmunder „Fans“ beteiligt waren und bei denen ein Mann lebensgefährlich verletzt worden war: „Medienhysterie nach Kölner Fußballgeplänkel“.

Im Jargon der Verharmlosung hieß es weiter über jenes „Geplänkel“, der „Kölner Vorfall“ sei „in dieser Form zumindest unglücklich vonstatten gegangen“. Nicht an der folgenreichen Randalie an sich stört sich der Autor offenbar. Er findet vielmehr kritisierenswert, dass abseits der Öffentlichkeit „ein anderer Austragungsort wünschenswert gewesen wäre“.



Beim Derby Schalke gegen BVB versetzten Dortmunder Krawallmacher Fans mit Bengalos, Böllern und Leuchtpurmunition in Angst und Schrecken.

Fußballclubs als Feindbild der Neonazis

Zum Feindbild der Neonazis sind derweil die Verantwortlichen der Fußballclubs allgemein und des BVB im Besonderen geworden.

Den Vereinen wirft DR vor, sie würden „Integration ebenso wie Antinationalismus propagieren“, während „in der gesunden Fußballgemeinschaft Tradi-

tionen und Normen noch nicht hoffnungslos untergegangen“ seien. So sei die Dortmunder Südtribüne „eher ein Hort patriotischer Positionen“.

Der BVB-Führung attestiert „DIE RECHTE“ „Gesinnungstyrannie“, sie sei „gutmenschlich“, und agiere als „Helfer der Gesinnungspolizei“.



Pyrotechnik

Für den Einsatz bzw. das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen im Stadion – beziehungsweise dessen Verbot – gelten strikte rechtliche Grundlagen.

Sie dienen zum Schutz der sich im Stadion aufhaltenden Menschen vor Gefahren, die sich durch das Abbrennen von Pyrotechnik für Leben und Gesundheit oder das Eigentum (Sachbeschädigung) Dritter ergeben können.

Eben einen solchen Anspruch – gefahrenfreie Benutzung des Stadions – haben die Besucherinnen und Besucher, in erster Linie gegenüber dem Stadionbetreiber/Veranstalter.

Wer dagegen verstößt, muss mit Konsequenzen leben: Stadionverbote kann – z. B. bei Missachtung der Stadionordnung – nur der BVB als „Haus Herr“ und Betreiber der Anlage aussprechen.

Geschichtsrevisionismus

Als Geschichtsrevisionismus bezeichnet man Versuche, ein wissenschaftlich, politisch und gesellschaftlich anerkanntes Geschichtsbild zu revidieren, indem bestimmte Ereignisse wesentlich anders als in der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft erklärt und/oder gedeutet werden.

Dazu passt auch die Strategie der Partei „DIE RECHTE“ und ihrer Vorläuferorganisationen, Jahres- und Gedenktage umzuwidmen.

Das fordert „DIE RECHTE“

21. Den 12. März zum dortmundweiten Gedenktag machen

Zur Erinnerung an den schwersten Bombenangriff auf Dortmund im zweiten Weltkrieg, der Zerstörung unserer Stadt durch die Alliierten gedenken. Fahnen an öffentlichen Gebäuden müssen auf Halbmast gesetzt werden!

25. Für die Förderung von Ausstellungen und Museen

Ein unverzerrtes und positives Heimats- und Geschichtsbild vermitteln, der Umerziehung entgegenwirken!

Gedenktags-Missbrauch: „Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg“

Seit einigen Jahren melden Neonazis am oder zum 1. September, dem Internationalen Antikriegstag, eigene Ver-

anstaltungen an. Die westdeutsche Initiative für diesen Gedenktag ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aus, der erstmals am 1. September 1957 unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen aufrief. Erinnert wird darin an den Übergriff auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann. Später wurde die Parole erweitert: „Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus!“

In der Stadt Dortmund gibt es dazu verschiedene lokale und sublokale Gedenkformate: Demonstrationen, Mahnwachen, Kundgebungen und Veranstaltungen – beispielsweise in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache.

Neonazis in Dortmund setzen allerdings andere Akzente: Im Jahr 2005 fand ihr erster „Nationaler Antikriegstag“ statt. Dabei setzten sie vor allem auf einen Event-Charakter

für alle aktionsorientierten extremen Rechten. Während zum ersten Aufmarsch 2005 etwa 200 Neonazis erschienen, wuchs die Zahl bis 2008 auf 1100 Teilnehmer an. Dort erklangen auch solche Sprechchöre wie „Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg“.

Das Gewaltpotential der Neonazis hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen: In schlechter Erinnerung bleibt der Überfall auf die 1.-Mai-Demonstration des DGB im Jahr 2009.

Später entdeckten sie den „(Nationalen) Tag der Arbeit“ und missbrauchten ihn für ihre Zwecke: Größte öffentliche Aktion der Partei „DIE RECHTE“ im Kommunalwahlkampf war daher auch am 1. Mai 2014 ihre Demonstration in Westerfilde, Nette und Mengede.

Dabei ging es propagandistisch unter anderem um die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit, die „massenhafte Zuwanderung von Sinti und Roma“ nach Dortmund und „kriminelle Ausländer“.



Dabei wurden Parolen wie „Ausländer raus“ und „Ali, Mehmet, Mustafa, geht zurück nach Ankara!“ gegrölt. „Es ist nicht hinnehmbar, wenn Mitbürger, die

seit Jahren in unserem Land und unserer Stadt leben, beleidigt und eingeschüchtert werden“, betonte der neue Dortmunder Polizeipräsident Gregor

Lange nach der Kundgebung „Wir haben umfangreich Beweissicherung betrieben und werden konsequent Straf- und Ermittlungsverfahren einleiten.“

Dortmund-Gedenktag: Umkehrung von Ursache und Wirkung

Die DR-Forderung nach diesem dortmundweiten Gedenktag wird von der These abgeleitet, dass die Alliierten doch auch Kriegsverbrecher gewesen seien, weil sie deutsche Städte bombardiert hätten. Sie sieht die Dortmunder Bevölkerung als Opfer der „mörderischen Plänen der Weltbrandstifter“.

Richtig und entscheidend ist: Hier sollte man sich nicht auf irgendwelche Zahlenspielchen der Neonazis einlassen, sondern von Anfang an verdeutlichen, dass die systematische Massenvernichtung von Menschen

durch die Nazis ein einmaliges geschichtliches Ereignis darstellt, das in seinen Ausmaßen und in seiner Grausamkeit unvergleichbar bleibt.

Die Bombardierung deutscher Städte war eine Reaktion auf die deutschen Angriffskriege – die Schuld daran haben einzig und allein die damaligen Nazis.

Ihre geistigen Erben wollen nun mit ihrem Geschichtsrevisionismus die Ursachen umdeuten.



Eine Renaissance der Kritik an „entarteter Kunst“?

Bei der banalen DR-Forderung „Für die Förderung von Ausstellungen und Museen – Ein unverzerrtes und positives Heimats- und Geschichtsbild vermitteln, der Umerziehung entgegenwirken!“ ist eine fachliche Stellungnahme schlichtweg nicht möglich.

Museen und Stadtarchiv in Dortmund vermitteln selbstredend ein unverzerrtes und positives Heimat- und Geschichtsbild, so dass die Forderung der Partei „Die Rechte“ ins Leere läuft. Auch an „Umerziehungsmaßnahmen“ beteiligen sich städtische Einrichtungen nicht. Diese Forderung ist eine durchsichtige Wahlpropaganda.

An dieser Stelle sei ein Hinweis erlaubt: Auch im Dritten Reich gab es die Tendenz, der Kunst und Kultur Vorgaben zu machen. „Entartete Kunst“ war während der NS-Diktatur in Deutschland der offiziell propagierte Begriff für mit rassentheoretischen Begründungen diffamierte Moderne Kunst.

Als „entartet“ galten im NS-Regime alle Kunstwerke und kulturellen Strömungen, die mit dem Kunstverständnis und dem Schönheitsideal der Nationalsozialisten nicht in Einklang zu bringen waren. Sie wurden als „artfremd“ bezeichnet, z.B. wenn sie von Pessimismus und Pazifismus geprägt waren.

Künstler, deren Werke nicht den NS-Idealen entsprachen, die Kommunisten oder Juden waren, wurden verfolgt.

Die Nationalsozialisten belegten sie mit Berufs- und Malverböten, ließen ihre Kunstwerke aus Museen und öffentlichen Sammlungen entfernen, konfiszierten „Entartete Kunst“, zwangen Künstler zur Emigration oder ermordeten sie.

Der Vernichtungsangriff auf die Moderne und ihre Protagonisten betraf alle Sparten der Kultur wie Literatur, Filmkunst, Theater, Architektur oder Musik.



ComeBack

Beratung zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene

Schon seit 2011 gibt es in Dortmund – mit Mitteln der Stadt gefördert – Beratung für Ausstiegswillige. Zunächst war die bundesweit agierende Organisation EXIT als Partner damit beauftragt. Seit 2013 wird die Arbeit in diesem Bereich eigenständig, seit Januar 2014 in Trägerschaft des neu gegründeten Vereins „BackUp-ComeBack...e.V.“ weitergeführt.

Hier wird die Beratung von Menschen, die aus der rechtsextremen Szene aussteigen wollen, ermöglicht. Diese Beratung ist anonym und kostenlos, sie geschieht zum Schutz der Ratsuchenden und in Absprache mit ihnen an einem sicheren Ort.

Sie richtet sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene, die dem trügerischen Versprechen gefolgt sind, dass Menschenhass und Gewalt ihnen zur der Anerkennung verhilft, die sie vielleicht in ihrem bisherigen Leben vermisst haben.

„ComeBack“ sieht sich einzig dem Wohl der Ausstiegswilligen verpflichtet, zeigt ihnen und ihren Eltern sichere Wege auf, die das Leben für sie nach einem Ausstieg bereit hält und hilft ihnen diskret den Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft zu finden. „ComeBack“ ist unabhängig von Behörden und Polizei, arbeitet aber bei Bedarf mit unterschiedlichen Fachorganisationen zusammen, besonders mit NinA in Recklinghausen, der vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport geförderten Aussteigerberatung in NRW.

Vor allem präventive, vorbeugende Arbeit zur Vermeidung des langsamem Abgleitens in die rechtsextreme Szene ist „ComeBack“ wichtig. Hier richtet sich die Beratungsarbeit unter anderem auch an Schulen oder auch an Familien bereits gefährdeter junger Menschen.

ComeBack

Tel.: 0162 218 41 12

Gefördert durch:





BackUp

Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt

Fast jeden zweiten Tag kommt es in NRW zu einer rechten Gewalttat. Derartige Angriffe treffen die Betroffenen meist unerwartet und ohne Schuld – sie sind geprägt von menschenfeindlichen Weltbildern und Vorurteilen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen. Der gewaltsame Übergriff und seine Folgen sind für viele Betroffene nicht alleine zu bewältigen. Sie leiden nicht nur unter den körperlichen Verletzungen, sondern häufig auch unter Ängsten, Panik und dem Gefühl der Hilflosigkeit. An diesem Punkt setzt die Opferberatung Back Up an.

Die Beratungseinrichtung unterstützt Opfer von rechtsextremer und rassistischer Gewalt aufsuchend in Westfalen. Darüber hinaus steht Back Up nach rechten Angriffen den Angehörigen der Opfer sowie ZeugInnen der Ereignisse kostenlos mit Rat und Tat zur Seite. Die BeraterInnen helfen Betroffenen bei der Bewältigung der (un)mittelbaren und (im)materiellen Angriffsfolgen und unterstützen sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte, damit sie neue Handlungsspielräume gewinnen.

Die MitarbeiterInnen kommen an einen Ort, den die Betroffenen selbst bestimmen können und beraten bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Sie hören zu und helfen, das Erlebte zu verarbeiten. Zudem begleiten die BeraterInnen zu Arzt-, Polizei- und Gerichtsterminen. Die Beratung erfolgt unentgeltlich und vertraulich. Auf Wunsch können die Ratsuchenden auch anonym beraten werden.

Darüber hinaus ist es ein wesentliches Ziel von Back Up, die Öffentlichkeit für das Problem rechtsmotivierter Gewalt zu sensibilisieren und die Perspektive der Betroffenen in den Mittelpunkt zu rücken. Auf diese Weise will die Opferberatung gesellschaftliche und politische Solidarisierungsprozesse anregen.

Das Projekt wurde im November 2011 gegründet und ist zuständig für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster. Im Team der Opferberatung arbeiten eine Diplom-Pädagogin, zwei Sozialpädagoginnen, zwei Sozialarbeiter, eine psychologische Beraterin und eine administrative Projektassistentin. Unterstützung erfährt Back Up auch von Honorarkräften und Ehrenamtlichen.

Gefördert wird die Opferberatung durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen und die Stadt Dortmund. Zum 1. Januar 2014 hat der zivilgesellschaftliche Verein „BackUp - ComeBack Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.“ die Trägerschaft der Opferberatung übernommen.

Back Up – Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt

Königswall 36 · 44137 Dortmund

0172 – 10 454 32

contact@backup-nrw.org

<http://backup-nrw.org/>

<http://facebook.com/BackUp.NRW>

Gefördert durch:

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



